

HEFT 2

ABSCHNITT 2

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR AUS DEM HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION BZW. AUS DEM EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSFONDS FINANZIERTE BAUAUFTRÄGE

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN	4
Artikel 1 - Begriffsbestimmungen	4
Artikel 2 - Vertragssprache	4
Artikel 3 - Rangordnung der Vertragsdokumente	4
Artikel 4 - Mitteilungen	4
Artikel 5 - Aufsicht und Vertreter der Aufsicht	5
Artikel 6 - Übertragung	6
Artikel 7 - Vergabe von Unteraufträgen	6
PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS	8
Artikel 8 - Überlassung von Unterlagen	8
Artikel 9 - Zugang zur Baustelle	8
Artikel 10 - Unterstützung hinsichtlich der örtlichen Vorschriften	9
Artikel 11 - Verzögerte Zahlungen an das Personal des Auftragnehmers	9
PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS	10
Artikel 12 - Allgemeine Pflichten	10
Artikel 13 - Baubetriebsleitung	13
Artikel 14 - Arbeitskräfte	14
Artikel 15 - Erfüllungsgarantie	14
Artikel 16 - Versicherungen	15
Artikel 17 - Programm für die Durchführung der Aufgaben	17
Artikel 18 - Detaillierte Preisaufschlüsselung	18
Artikel 19 - Zeichnungen und Planungsstudien des Auftragnehmers	18
Artikel 20 - Angemessenheit der Angebotspreise	20

Artikel 21 -	Außergewöhnliche Risiken	20
Artikel 22 -	Sicherheit auf der Baustelle	21
Artikel 23 -	Schutz angrenzender Grundstücke.....	22
Artikel 24 -	Beeinträchtigung des Verkehrs	22
Artikel 25 -	Abwasser- und Versorgungsleitungen	23
Artikel 26 -	Abstecken.....	23
Artikel 27 -	Abbruchmaterial	24
Artikel 28 -	Funde	24
Artikel 29 -	Vorläufige Bauwerke	25
Artikel 30 -	Bodenuntersuchungen.....	25
Artikel 31 -	Auftragsüberschneidungen	26
Artikel 32 -	Patente und Lizenzen	26
DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN UND VERZUG		27
Artikel 33 -	Anordnung des Beginns	27
Artikel 34 -	Zeitraum der Durchführung der Aufgaben	27
Artikel 35 -	Verlängerung des Zeitraums der Aufgabendurchführung.....	27
Artikel 36 -	Verzögerungen bei der Durchführung der Aufgaben.....	28
Artikel 37 -	Änderungen.....	29
Artikel 38 -	Aussetzung	31
BAUSTOFFE UND AUSFÜHRUNG		33
Artikel 39 -	Bautagebuch.....	33
Artikel 40 -	Ursprung und Qualität der Bauleistungen und der Baustoffe	34
Artikel 41 -	Kontrolle und Tests.....	35
Artikel 42 -	Zurückweisung.....	36
Artikel 43 -	Eigentum an Anlagen und Baustoffen	37
ZAHLUNGEN		38
Artikel 44 -	: Allgemeine Grundsätze.....	38
Artikel 45 -	Verträge auf der Grundlage vorläufiger Preise	40
Artikel 46 -	Vorfinanzierung	40

Artikel 47 -	Einbehaltene Beträge	42
Artikel 48 -	Preisanpassung.....	42
Artikel 49 -	Vermessung.....	43
Artikel 50 -	Zwischenzahlungen.....	44
Artikel 51 -	Schlussabrechnung.....	46
Artikel 52 -	Direkte Zahlungen an Unterauftragnehmer	47
Artikel 53 -	Zahlungsverzug.....	48
Artikel 54 -	Zahlungen an Dritte	49
Artikel 55 -	Zusätzliche Zahlungsforderungen.....	49
Artikel 56 -	Enddatum	50
ABNAHME UND GEWÄHRLEISTUNG		50
Artikel 57 -	Allgemeine Grundsätze.....	50
Artikel 58 -	Tests nach Fertigstellung	50
Artikel 59 -	Teilabnahme.....	51
Artikel 60 -	Vorläufige Abnahme.....	51
Artikel 61 -	Gewährleistung	52
Artikel 62 -	Endabnahme.....	54
VERTRAGSBRUCH UND KÜNDIGUNG		54
Artikel 63 -	Vertragsbruch.....	54
Artikel 64 -	Kündigung durch den öffentlichen Auftraggeber	55
Artikel 65 -	Kündigung durch den Auftragnehmer	58
Artikel 66 -	Höhere Gewalt	59
Artikel 67 -	Tod	60
STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT		61
Artikel 68 -	Streitbeilegung	61
Artikel 69 -	Anwendbares Recht	61
SCHLUSSBESTIMMUNGEN		62
Artikel 70 -	Verwaltungsrechtliche und finanzielle Sanktionen.....	62
Artikel 71 -	Prüfungen und Kontrollen durch Einrichtungen der Europäischen Union	62

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

- 1.1 Die in den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen verwendeten Begriffsbestimmungen sind im „Glossar“, Anhang A1 des Handbuchs für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen aufgeführt, welches integraler Bestandteil dieses Vertrags ist.
- 1.2 Die Überschriften und Titel in diesen Allgemeinen Bedingungen gelten nicht als Bestandteil derselben und sind bei der Auslegung des Vertrags nicht zu berücksichtigen.
- 1.3 Nach Maßgabe des Zusammenhangs schließen Wörter, die in der Einzahl stehen, die Mehrzahl ein und umgekehrt; im gleichen Sinne schließt die männliche Form eines Wortes die weibliche Form ein und umgekehrt.
- 1.4 Wörter, die Personen oder Parteien bezeichnen, schließen Firmen und Gesellschaften sowie andere rechtsfähige Einrichtungen ein.

Artikel 2 - Vertragssprache

- 2.1 Der Vertrag sowie sämtliche Mitteilungen zwischen dem Auftragnehmer, dem Auftraggeber und der Aufsicht oder ihren Vertretern sind in der in den Besonderen Bedingungen festgelegten Sprache abzufassen.

Artikel 3 - Rangordnung der Vertragsdokumente

- 3.1 Die Rangordnung der Vertragsdokumente ist den Angaben in den Besonderen Bedingungen zu entnehmen.

Artikel 4 - Mitteilungen

- 4.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, werden schriftliche Mitteilungen zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und/oder der Aufsicht einerseits und dem Auftragnehmer andererseits unter Angabe des Titels und der Nummer des Vertrag auf dem Postweg, telegrafisch, fernschriftlich, über Fax oder per E-Mail an die zu diesem Zweck von ihnen bezeichneten Anschriften gesendet oder dort persönlich abgegeben.
- 4.2 Verlangt der Absender eine Empfangsbestätigung, so gibt er dies in seiner Mitteilung an; wenn für den Eingang der Mitteilung eine Frist festgesetzt ist, muss

er eine Empfangsbestätigung verlangen. Auf jeden Fall trifft der Absender alle erforderlichen Maßnahmen, um den rechtzeitigen Empfang seiner Mitteilung sicherzustellen.

- 4.3 Sind im Auftrag Aufforderungen, Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen vorgesehen, so bedürfen diese, sofern nichts anderes festgelegt ist, der Schriftform, und die Begriffe „auffordern“, „einwilligen“, „genehmigen“, „bescheinigen“ bzw. „entscheiden“ sind entsprechend auszulegen. Derartige Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen dürfen nicht unbegründet zurückgehalten oder verspätet zugestellt werden.

Artikel 5 - Aufsicht und Vertreter der Aufsicht

- 5.1 Die Aufsicht führt die im Auftrag bezeichneten Aufgaben aus. Die Aufsicht ist nicht befugt, den Auftragnehmer von einer seiner vertraglichen Verpflichtungen zu entbinden, es sei denn, dies ist ausdrücklich im Auftrag festgelegt.
- 5.2 Die Aufsicht kann gelegentlich – wobei sie jedoch letztlich die Verantwortung behält – ihr zugewiesene Aufgaben und Befugnisse auf den Vertreter der Aufsicht übertragen und diese Übertragung jederzeit widerrufen oder den Vertreter ersetzen. Diese Übertragung bzw. deren Widerruf oder die Ersetzung des Vertreters erfolgt in schriftlicher Form und tritt erst dann in Kraft, wenn dem Auftragnehmer eine Ausfertigung zugestellt worden ist. Die Verwaltungsanweisung, in der die Aufgaben, Befugnisse und die Identität des Vertreters der Aufsicht festgelegt sind, wird zeitgleich mit der Anordnung des Beginns ausgestellt. Die Rolle des Vertreters der Aufsicht liegt in der Beaufsichtigung und Inspektion der Bauleistungen sowie in der Untersuchung und Prüfung der eingesetzten Baustoffe und der Qualität der Ausführung. Unter keinen Umständen ist der Vertreter der Aufsicht dazu befugt, den Auftragnehmer von seinen vertraglichen Pflichten zu entbinden oder – sofern keine ausdrücklichen diesbezüglichen Anweisungen nachstehend oder im Vertrag angegeben sind – Bauleistungen in Auftrag zu geben, die zu einer Verlängerung des Durchführungszeitraums oder zu zusätzlichen, durch den öffentlichen Auftraggeber zu entrichtenden Kosten führen, oder Änderungen bezüglich der Art oder des Umfangs der Bauleistung einzubringen.
- 5.3 Eine vom Vertreter der Aufsicht gemäß den Bedingungen dieser Übertragung an den Auftragnehmer übermittelte Mitteilung hat die gleiche Wirkung wie eine Mitteilung der Aufsicht, wobei Folgendes gilt:
- a) Unterlässt es der Vertreter der Aufsicht, gegebenenfalls Bauarbeiten, Baustoffe oder Anlagen zu beanstanden, so wird die Befugnis der Aufsicht, diese Bauarbeiten, Baustoffe oder Anlagen zu beanstanden und die zur Behebung der Mängel erforderlichen Weisungen zu erteilen, davon nicht berührt.

- b) Der Aufsicht steht es frei, diese Mitteilungen aufzuheben oder inhaltlich zu ändern.

5.4 Weisungen und/oder Anordnungen der Aufsicht erfolgen im Wege von Verwaltungsanweisungen. Diese Verwaltungsanweisungen werden datiert, nummeriert und von der Aufsicht registriert; Ausfertigungen dieser Anordnungen werden gegebenenfalls dem Vertreter des Auftragnehmers persönlich übergeben.

Artikel 6 - Übertragung

- 6.1 Eine Übertragung ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer seinen Auftrag ganz oder zum Teil auf einen Dritten überträgt.
- 6.2 Der Auftragnehmer darf ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers den Auftrag oder Teile des Auftrags oder einen aus dem Auftrag erwachsenden Nutzen oder Anspruch nicht übertragen, es sei denn, im Falle:
 - a) eines besonderen Rechts zugunsten des Kreditinstituts des Auftragnehmers an auftragsgemäß fälligen oder fällig werdenden Zahlungen oder
 - b) einer Übertragung der Schadenersatzansprüche des Auftragnehmers gegenüber haftenden Dritten auf die Vertragsversicherer, wenn die Versicherer die Verluste oder Verbindlichkeiten des Auftragnehmers übernommen haben.
- 6.3 Im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 entbindet die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zu einer Übertragung den Auftragnehmer nicht von seinen Verpflichtungen in Bezug auf den bereits ausgeführten Teil des Auftrags oder den nicht übertragenen Teil, für den die Erfüllungsgarantie des Auftragnehmers aufrechtzuerhalten ist.
- 6.4 Hat der Auftragnehmer seinen Auftrag ohne Genehmigung übertragen, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 6.5 Unternehmen, auf die Verträge übertragen werden, müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.
- 6.6 Bevor der öffentliche Auftraggeber seine Zustimmung erteilt, sollte eines der Unternehmen, auf die der Vertrag übertragen wird, für den vollständigen Vertrag eine Erfüllungsgarantie, eine Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung und eine Einbehaltungsgarantie hinterlegen.

Artikel 7 - Vergabe von Unteraufträgen

7.1 Ein Unterauftrag ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer einem Dritten seinen Auftrag ganz oder zum Teil zur Durchführung überlässt. Im Sinne dieses Artikels gelten die einfache Anmietung von Anlagen sowie der Abschluss von Werks- und Lieferverträgen nicht als „Unterauftragsvergabe“ und können nicht als solche ausgelegt werden.

7.2 Der Auftragnehmer holt die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zur Vergabe von Unteraufträgen ein. In dem Zustimmungersuchen sind die mittels Unterauftrag zu vergebenden Elemente des Auftrags und die Identität der Unterauftragnehmer anzugeben.

Innerhalb von 30 Tagen nach Eingang dieses Ersuchens muss der öffentliche Auftraggeber entweder die Frist um höchstens 15 Tage verlängern oder dem Auftragnehmer seine Entscheidung mitteilen. Teilt der öffentliche Auftraggeber seine Entscheidung nicht bis Ablauf der genannten Frist mit, gilt das Ersuchen bei Fristablauf als angenommen.

7.3 Unterauftragnehmer müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.

7.4 Vorbehaltlich des Artikels 52 werden durch die Vergabe des Unterauftrags zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und den Unterauftragnehmern keine vertraglichen Beziehungen hergestellt.

7.5 Der Auftragnehmer haftet für die Handlungen, Versäumnisse und Unterlassungen seiner Unterauftragnehmer und deren Bevollmächtigten oder Mitarbeitern, als handelte es sich um die Handlungen, Versäumnisse oder Unterlassungen des Auftragnehmers bzw. seiner Bevollmächtigten oder Mitarbeiter. Die vom öffentlichen Auftraggeber erteilte Genehmigung der Vergabe eines Teils des Auftrags oder der Ausführung eines Teils der Bauarbeiten durch den Unterauftragnehmer entbindet den Auftragnehmer von keiner seiner vertraglichen Verpflichtungen.

7.6 Ist ein Unterauftragnehmer gegenüber dem Auftragnehmer in Bezug auf die von ihm ausgeführten Bauleistungen oder gelieferten Waren, Baustoffe, Anlagen oder erbrachten Dienstleistungen Verpflichtungen eingegangen, die zeitlich über die vertragliche Gewährleistungsfrist hinaus andauern, so überträgt der Auftragnehmer nach Ablauf dieser Frist auf Antrag und auf Kosten des öffentlichen Auftraggebers unverzüglich den sich aus diesen Verpflichtungen ergebenden Nutzen für deren Restlaufzeit auf den öffentlichen Auftraggeber.

7.7 Schließt der Auftragnehmer einen Unterauftrag ohne Genehmigung, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.

- 7.8 Stellt der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht fest, dass ein Unterauftragnehmer nicht imstande ist, seine Aufgaben auszuführen, so kann der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht verlangen, dass der Auftragnehmer den Unterauftragnehmer unverzüglich von der Baustelle entfernt und entweder einen Unterauftragnehmer stellt, dessen Qualifikationen und Erfahrung für den öffentlichen Auftraggeber annehmbar sind, oder dass er die Durchführung der Aufgaben selber übernimmt.

PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS

Artikel 8 - Überlassung von Unterlagen

- 8.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, stellt die Aufsicht binnen 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags dem Auftragnehmer kostenlos ein Duplikat der Zeichnungen für die Durchführung der Aufgaben sowie zwei Abschriften der Spezifikationen und sonstigen Vertragsunterlagen zur Verfügung. Der Auftragnehmer kann zusätzlich Duplikate dieser Zeichnungen, Spezifikationen und sonstigen Unterlagen erwerben, sofern diese erhältlich sind. Nach der Endabnahme gibt der Auftragnehmer alle Zeichnungen, die Spezifikationen und sonstigen Vertragsunterlagen an die Aufsicht zurück.
- 8.2 Der öffentliche Auftraggeber arbeitet mit dem Auftragnehmer zusammen, um die Informationen bereitzustellen, die Letzterer billigerweise zur Erfüllung des Vertrags verlangen kann.
- 8.3 Sofern es nicht für die Zwecke des Auftrags erforderlich ist, dürfen die Zeichnungen, Spezifikationen und sonstigen vom öffentlichen Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht ohne vorherige Zustimmung der Aufsicht vom Auftragnehmer verwendet oder von ihm an Dritte weitergegeben werden.
- 8.4 Die Aufsicht ist befugt, dem Auftragnehmer Verwaltungsanweisungen mit den zusätzlichen Unterlagen und Weisungen zuzustellen, die für die ordnungsgemäße und angemessene Ausführung der Bauleistungen und die Behebung von Mängeln erforderlich sind.

Artikel 9 - Zugang zur Baustelle

- 9.1 Der öffentliche Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer rechtzeitig und nach Maßgabe des Arbeitsfortschritts die Baustelle und den Zugang zu ihr gemäß dem in diesen Allgemeinen Bedingungen genannten genehmigten Durchführungsprogramm zur Verfügung. Der Auftragnehmer gewährt anderen Personen nach Maßgabe der Besonderen Bedingungen oder entsprechend den ihm erteilten Anweisungen Zugang.
- 9.2 Der Auftragnehmer verwendet Grundstücke, die ihm vom öffentlichen Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden, nur für die Zwecke der Durchführung der Aufgaben.

- 9.3 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass ihm zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten während der Belegung in einem guten Zustand erhalten werden und dass, falls der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht dies verlangt, ihr ursprünglicher Zustand nach Erfüllung des Auftrags unter Berücksichtigung der normalen Abnutzung wiederhergestellt wird.
- 9.4 Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Vergütung für bauliche Verbesserungen infolge von Arbeiten, die er von sich aus veranlasst hat.

Artikel 10 - Unterstützung hinsichtlich der örtlichen Vorschriften

- 10.1 Der Auftragnehmer kann den öffentlichen Auftraggeber ersuchen, ihn bei der Beschaffung der Texte von Gesetzen, Vorschriften und Informationen über die örtlichen Gebräuche, Anordnungen oder Verordnungen des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, zu unterstützen, die sich auf den Auftragnehmer bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Auftrags auswirken könnten. Der öffentliche Auftraggeber kann dem Auftragnehmer die erbetene Unterstützung auf dessen Kosten gewähren.
- 10.2 Vorbehaltlich der für ausländische Arbeitskräfte geltenden Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen zu erbringen sind, leistet der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer auf dessen Ersuchen angemessene Unterstützung, um die in dem betreffenden Land gesetzlich vorgeschriebenen Visa und Genehmigungen einschließlich der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für die Arbeitskräfte, deren Einsatz der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber für erforderlich halten, sowie Aufenthaltsgenehmigungen für die Familien der Arbeitskräfte zu beantragen.

Artikel 11 - Verzögerte Zahlungen an das Personal des Auftragnehmers

- 11.1 Ist bei der Zahlung von fälligen Löhnen und Gehältern sowie von in den Rechtsvorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, vorgesehenen Zulagen und Beiträgen an das Personal des Auftragnehmers Verzug eingetreten, so kann der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer mitteilen, dass der öffentliche Auftraggeber innerhalb von 15 Tagen nach dieser Mitteilung diese Löhne, Gehälter, Zulagen und Beiträge unmittelbar zahlen wird. Sollte der Auftragnehmer die Fälligkeit dieser Zahlungen bestreiten, so hat er dem öffentlichen Auftraggeber innerhalb der fünfzehntägigen Frist eine mit Gründen versehene Darstellung des Sachverhalts zu übermitteln. Gelangt der öffentliche Auftraggeber nach Prüfung dieser Darstellung zu der Auffassung, dass die Löhne und Gehälter zu zahlen sind, so kann er diese Löhne, Gehälter, Zulagen und Beiträge aus Mitteln zahlen, die dem Auftragnehmer zustehen. Anderenfalls kann der öffentliche Auftraggeber Mittel aus den gemäß diesen Allgemeinen Bedingungen gestellten Sicherheitsleistungen heranziehen. Etwaige Maßnahmen des öffentlichen Auftraggebers gemäß diesem Artikel entbinden den Auftragnehmer nur insoweit von seinen Verpflichtungen gegenüber seinem

Personal, als aufgrund dieser Maßnahmen entsprechende Verpflichtungen erfüllt werden können. Der öffentliche Auftraggeber übernimmt mit diesen Maßnahmen gegenüber dem Personal des Auftragnehmers keinerlei Verantwortung.

PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

Artikel 12 - Allgemeine Pflichten

- 12.1 Der Auftragnehmer plant die Bauleistungen mit der gebotenen Umsicht und Sorgfalt in dem vertraglich vorgesehenen Umfang, führt diese gemäß den Vertragsbestimmungen und den Weisungen der Aufsicht aus und stellt sie fertig und behebt alle dabei auftretenden Mängel.
- 12.2 Der Auftragnehmer trägt Sorge für Bauleitung, Personal, Baustoffe, Anlagen, Ausrüstung und alle sonstigen Gegenstände, die zeitweise oder ständig für die Planung, Ausführung und Fertigstellung sowie für die Behebung etwaiger Mängel benötigt werden, sofern dies im Auftrag bestimmt ist oder sich diesem billigerweise entnehmen lässt.
- 12.3 Der Auftragnehmer übernimmt für die Zweckmäßigkeit und Sicherheit der im Rahmen des Auftrags angewandten Arbeitsverfahren und Konstruktionsmethoden sowie für die Stabilität der errichteten Bauwerke die volle Verantwortung.
- 12.4 Der Auftragnehmer hält die von der Aufsicht erlassenen Verwaltungsanweisungen ein. Ist er der Auffassung, dass die Anforderungen einer Verwaltungsanweisung die Befugnisse der Aufsicht oder den Geltungsbereich des Vertrags überschreiten, so teilt er dies der Aufsicht unter Angabe von Gründen mit. Erfolgt die Mitteilung des Auftragnehmers nicht binnen 30 Tagen nach Erhalt der Anweisung, so hat er sein Mitteilungsrecht verwirkt. Die Ausführung der Verwaltungsanweisung wird wegen des Einspruchs nicht ausgesetzt.
- 12.5 Der Auftragnehmer legt dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich Informationen und Unterlagen zu den Umständen der Ausführung des Vertrags vor.
- 12.6 Der Auftragnehmer hat alle geltenden Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen zu erbracht werden, einzuhalten und zu beachten und dafür Sorge zu tragen, dass sein Personal, dessen Angehörige sowie seine örtlichen Beschäftigten diese Gesetze und Vorschriften ebenfalls einhalten und beachten. Der Auftragnehmer entschädigt den öffentlichen Auftraggeber im Falle von Ansprüchen und Verfahren infolge einer Übertretung dieser Gesetze und Vorschriften durch den Auftragnehmer, seine Beschäftigten und deren Angehörige.
- 12.7 Vorbehaltlich Artikel 12 Absatz 9 verpflichtet sich der Auftragnehmer, im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung stehende Informationen oder

Unterlagen streng vertraulich zu behandeln und ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers weder anderweitig zu verwenden noch an Dritte weiterzugeben. Diese Verpflichtung besteht auch nach Abschluss der Aufgaben fort; der Auftragnehmer erwirkt dieselbe Verpflichtung von jedem Mitglied seines Personals.

- 12.8 Ist der Auftragnehmer ein Joint Venture oder Konsortium von zwei oder mehr Personen, so haften diese Personen gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Die Person, die das Konsortium ernannt hat, um für die Zwecke dieses Vertrags in seinem Namen zu handeln, kann rechtsverbindlich für das Konsortium handeln. Die Zusammensetzung oder die Satzung des Joint Venture oder des Konsortiums darf ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers nicht geändert werden. Jegliche Änderung der Zusammensetzung des Konsortiums ohne vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers kann zur Kündigung des Vertrags führen.
- 12.9 Sofern die Europäische Kommission keine anderslautenden Forderungen stellt oder Vereinbarungen trifft, muss der Auftragnehmer die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Finanzbeitrag der Europäischen Union in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen. Diese Maßnahmen müssen den Vorschriften des von der Europäischen Kommission veröffentlichten Handbuchs für Kommunikation und Sichtbarkeit bei EU-Außenmaßnahmen entsprechen.
- 12.10 Alle Aufzeichnungen sind ab dem Zeitpunkt der Abschlusszahlung zu dem Vertrag für einen Zeitraum von sieben Jahren aufzubewahren. Werden solche Aufzeichnungen nicht aufbewahrt, kann dies zu einer Kündigung des Vertrags führen.

Artikel 12a: Verhaltenskodex

- 12a.1 Der Auftragnehmer handelt stets unparteiisch und als loyaler Berater in Einklang mit dem Verhaltenskodex seines Berufsstandes. Er gibt ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers keine öffentlichen Erklärungen zu dem Projekt oder den Dienstleistungen ab. Er ist nicht befugt, den öffentlichen Auftraggeber ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung in irgendeiner Weise zu binden, und hat diese Verpflichtung Dritten gegenüber klarzustellen.
- 12a.2 Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter achten die Menschenrechte und verpflichten sich, die politischen, kulturellen und religiösen Bräuche des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, nicht zu verletzen.
- 12a.3 Der Auftragnehmer hält international vereinbarte Kernarbeitsnormen wie die einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ein (z. B. die Übereinkommen zur Versammlungsfreiheit und zu Tarifverhandlungen, zur Abschaffung von Zwangs- oder Pflichtarbeit, zur Abschaffung jeglicher

Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie zur Abschaffung der Kinderarbeit).

12a.4 Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen die ihnen anvertraute Macht nicht zur Erlangung privater Vorteile missbrauchen. Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen weder Geschenke, Zuwendungen, Provisionen oder Gegenleistungen einer Person als Anreiz oder Belohnung annehmen oder sich bereit erklären, diese anzunehmen, noch dürfen sie diese einer Person als Anreiz oder Belohnung anbieten oder sich bereit erklären, ihr diese zukommen zu lassen oder zu beschaffen, damit eine Handlung im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung unternommen oder unterlassen wird oder damit eine Person im Zusammenhang mit dem Auftrag benachteiligt oder begünstigt wird. Der Auftragnehmer beachtet die geltenden Gesetze und Vorschriften im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Bestechung und Korruption.

12a.5 Die Ausführung des Vertrags darf keinen Anlass für außerordentliche Geschäftsausgaben geben. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter dürfen keine Tätigkeit ausüben und keine Vorteile annehmen, die im Widerspruch zu ihren vertraglichen Pflichten stehen.

12a.6 Sofern er dies für notwendig erachtet, kann der öffentliche Auftraggeber Unterlagen prüfen und an Ort und Stelle Kontrollen vornehmen, um Beweise für vermutete außerordentliche Geschäftsausgaben zu sammeln.

Artikel 12b Interessenkonflikte

12b.1 Der Auftragnehmer trifft alle nötigen Vorkehrungen, um eine Situation zu vermeiden oder zu beenden, die eine unparteiische und objektive Vertragserfüllung beeinträchtigen könnte. Ein Interessenkonflikt kann sich insbesondere aus einem wirtschaftlichen Interesse, aus politischer Affinität oder nationalen Bindungen, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen sowie sonstigen Interessenverquickungen ergeben. Ergeben sich im Zuge der Vertragserfüllung derartige Interessenkonflikte, so sind diese dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Auftragnehmer trifft umgehend alle nötigen Vorkehrungen, um diese Interessenkonflikte zu beseitigen.

12b.2 Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen auf ihre Angemessenheit hin zu prüfen und erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen zu verlangen. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass seine Mitarbeiter und Geschäftsleitung nicht in einen Interessenkonflikt geraten. Unbeschadet seiner vertraglichen Verpflichtungen ersetzt der Auftragnehmer umgehend und ohne jegliche Entschädigung durch den öffentlichen Auftraggeber jeden Mitarbeiter, der sich in einer derartigen Situation befindet.

12b.3 Der Auftragnehmer hat von Beziehungen Abstand zu nehmen, die seine Unabhängigkeit oder die seines Personals gefährden könnten.

12b.4 Der Auftragnehmer beschränkt seine Rolle im Zusammenhang mit dem Projekt auf die Bereitstellung der im Vertrag beschriebenen Bauleistungen.

12b.5 Der Auftragnehmer sowie alle im Rahmen der Vertragserfüllung unter seiner Weisungsbefugnis oder Kontrolle arbeitenden oder mit anderen Tätigkeiten befassten Personen dürfen keinen Zugang zu anderen Finanzmitteln aus dem EU-Haushalt/aus dem EEF haben, welche unter demselben Projekt verfügbar sind. Der Auftragnehmer darf jedoch mit der schriftlichen Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers an dem Projekt teilnehmen, wenn er nachweisen kann, dass seine Einbindung in frühere Phasen des Projekts keinen unlauteren Wettbewerb darstellt.

Artikel 12c Verträge für Planung und Bau

12c.1 Für reine Planungs- und Bauaufträge führt der Auftragnehmer die Planung der Bauleistungen mit Hilfe erfahrener Planer, die die vom öffentlichen Auftraggeber festgelegten Kriterien erfüllen, durch und übernimmt die Verantwortung hierfür. Er entwirft die erforderlichen technischen Unterlagen gemäß den in den Besonderen Bedingungen und in den technischen Spezifikationen festgelegten Bestimmungen. Diese Unterlagen sind gemäß den Besonderen Bedingungen der Aufsicht zur Genehmigung vorzulegen und können auf Kosten des Auftragnehmers korrigiert werden, um die vertraglichen Anforderungen des öffentlichen Auftraggebers zu erfüllen und Fehler, Auslassungen, Zweideutigkeiten, Inkonsistenzen und andere Planungsmängel zu beseitigen. Der Auftragnehmer schult das Personal des öffentlichen Auftraggebers und übergibt und aktualisiert die detaillierten Unterlagen sowie die Betriebs- und Wartungsanleitungen gemäß den Besonderen Bedingungen.

Artikel 13 - Baubetriebsleitung

13.1 Der Auftragnehmer übernimmt selbst die Baubetriebsleitung oder bestellt dazu einen Vertreter. Diese Bestellung ist der Aufsicht innerhalb von 30 Tagen nach der Mitteilung über die Zuschlagserteilung zur Genehmigung vorzulegen. Innerhalb von zehn Tagen stimmt die Aufsicht der Bestellung zu oder lehnt sie ab. Die Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden. Lehnt die Aufsicht den bestellten Vertreter vor Ablauf der Frist ab oder widerruft sie die Zustimmung zu der Bestellung des Vertreters, so teilt sie dies durch einen mit Gründen versehenen Bescheid mit; in diesem Fall benennt der Auftragnehmer unverzüglich einen anderen Vertreter und ersucht die Aufsicht um Zustimmung zu dessen Bestellung. Als Anschrift des Vertreters des Auftragnehmers gilt die vom Auftragnehmer angegebene Zustellungsanschrift.

- 13.2 Widerruft die Aufsicht ihre Zustimmung zum Vertreter des Auftragnehmers, so zieht der Auftragnehmer den Vertreter so bald wie möglich nach Erhalt des Bescheids über einen solchen Widerruf von den Arbeiten ab und ersetzt ihn durch einen anderen Vertreter, zu dem die Aufsicht ihre Zustimmung erteilt hat.
- 13.3 Der Vertreter des Auftragnehmers besitzt die uneingeschränkte Befugnis, die für die Ausführung der Bauleistungen erforderlichen Entscheidungen zu treffen, Verwaltungsanweisungen entgegenzunehmen und auszuführen und das in Artikel 39 genannte Bautagebuch oder gegebenenfalls ein entsprechendes Loseblattheft gegenzuzeichnen. In jedem Fall ist der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Ausführung der Bauleistungen verantwortlich und hat dabei auch dafür zu sorgen, dass sein eigenes Personal wie auch die Unterauftragnehmer und deren Personal die Spezifikationen und die Verwaltungsanweisungen beachten.

Artikel 14 - Arbeitskräfte

- 14.1 Der Auftragnehmer muss eine ausreichende Zahl von Personen beschäftigen und das Arbeitskräfteangebot des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, in optimalem Umfang nutzen. Diese Arbeitskräfte müssen über die für den geordneten Verlauf der Arbeiten und die ordnungsgemäße Ausführung der Bauleistungen erforderliche Befähigung und Erfahrung verfügen. Der Auftragnehmer hat Arbeitskräfte, von denen ihm die Aufsicht schriftlich und unter Angabe von Gründen mitteilt, dass sie die ordnungsgemäße Ausführung der Bauleistungen gefährden könnten, unverzüglich zu ersetzen.
- 14.2 Der Auftragnehmer trifft selbst Vorkehrungen für die Einstellung aller Mitarbeiter und Arbeitskräfte. Für die Beschäftigten auf der Baustelle gelten mindestens die in den Rechtsvorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, vorgesehenen Vergütungssätze und allgemeinen Arbeitsbedingungen.

Artikel 15 - Erfüllungsgarantie

- 15.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, leistet der Auftragnehmer bei Rücksendung des gegengezeichneten Vertrags dem Auftraggeber eine Garantie für die vollständige und ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags. Die Höhe der Garantie wird in den Besonderen Bedingungen festgelegt und liegt zwischen 5 und 10 % des vertraglich vereinbarten Preises einschließlich des Betrages etwaiger Zusatzaufträge.
- 15.2 Die Erfüllungsgarantie dient der Entschädigung des öffentlichen Auftraggebers für Verluste, die entstehen, wenn der Auftragnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt.
- 15.3 Die Erfüllungsgarantie ist wie im Vertrag vorgegeben zu gestalten; sie kann in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks, einer von einer Versicherungs- und/oder einer Kautionsversicherungsgesellschaft

abgegebenen Bürgschaftserklärung, eines unwiderruflichen Akkreditivs oder in Form einer Bareinlage beim öffentlichen Auftraggeber beigebracht werden. Soll die Erfüllungsgarantie in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks oder einer Bürgschaftserklärung beigebracht werden, so ist sie von einer Bank oder Kautionsversicherungs- und/oder Versicherungsgesellschaft abzugeben, die vom öffentlichen Auftraggeber akzeptiert wird.

- 15.4 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, ist die Erfüllungsgarantie anteilmäßig in den Währungen auszustellen, in denen die Auftragssumme zahlbar ist.
- 15.5 An den Auftragnehmer werden keine Zahlungen geleistet, bevor die Erfüllungsgarantie beigebracht worden ist. Die Garantie behält ihre Gültigkeit bis zum Zeitpunkt der Ausstellung der unterzeichneten Schlussabrechnung gemäß Artikel 51.
- 15.6 Ist die natürliche oder juristische Person, die die Garantie stellt, während der Vertragserfüllung nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen einzuhalten, so verliert die Erfüllungsgarantie ihre Gültigkeit. Der öffentliche Auftraggeber fordert den Auftragnehmer förmlich auf, unter den gleichen Bedingungen eine neue Garantie zu stellen. Stellt der Auftragnehmer keine neue Garantie, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 15.7 Der öffentliche Auftraggeber verlangt entsprechend den Bedingungen der Erfüllungsgarantie und bis zu ihrer Höhe aus dieser Garantie die Zahlung der Beträge, für die der Garantiegeber aufgrund der Nichterfüllung des Auftrags durch den Auftragnehmer haftet. Der Garantiegeber zahlt diese Beträge auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers unverzüglich aus und darf aus keinerlei Gründen Einwände erheben. Bevor der öffentliche Auftraggeber eine Forderung hinsichtlich der Erfüllungsgarantie erheben kann, unterrichtet er den Auftragnehmer darüber unter Angabe der Art des Versäumnisses, aufgrund dessen die Forderung erhoben wird.
- 15.8 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, erfolgt die Freigabe der Erfüllungsgarantie binnen 45 Tagen nach Erstellung der in Artikel 51 genannten unterzeichneten Schlussabrechnung für den Gesamtbetrag, mit Ausnahme von Beträgen, die Gegenstand gütlicher Regelungen, Schlichtungen oder Rechtsstreitigkeiten sind.

Artikel 16 - Versicherungen

- 16.1 Der Auftragnehmer schließt im Namen des öffentlichen Auftraggebers und im eigenen Namen eine Versicherung gegen Verluste und Schäden ab, für die er im Rahmen des Auftrags haftet. Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, deckt dieser Versicherungsvertrag Folgendes:

- a) die Bauleistungen einschließlich der dazugehörigen Baustoffe und Anlagen bis zum vollen Wiederbeschaffungswert gegen Verlust oder Beschädigung aus gleich welcher Ursache, außer durch höhere Gewalt oder durch Risiken, die gemäß dem Auftrag vom öffentlichen Auftraggeber zu vertreten sind;
 - b) einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 15 % der Wiederbeschaffungskosten oder in der in den Besonderen Bedingungen festgelegten Höhe zur Deckung zusätzlicher bei und durch Verlustausgleich oder Schadenersatz entstehender Kosten einschließlich Honoraren, Abrisskosten und Kosten für die Beseitigung eines Teils des Baukörpers und von Schutt jedweder Art;
 - c) die Ausrüstung des Auftragnehmers und andere vom Auftragnehmer auf die Baustelle gebrachte Gegenstände in Höhe eines Betrages, der für die Ersatzbeschaffung auf der Baustelle ausreicht.
- 16.2 Der Auftragnehmer kann den in Artikel 16 Absatz 1 vorgesehenen Versicherungsvertrag durch eine Rahmenpolice ersetzen, wenn diese unter anderem die in Artikel 16 Absatz 1 Buchstaben a, b und c aufgeführten Werte abdeckt. In diesem Fall hat der Auftragnehmer dem Versicherer den Anspruch des öffentlichen Auftraggebers mitzuteilen.
- 16.3 Der Auftragnehmer hat einen Versicherungsvertrag abzuschließen, der seine Haftung bei Arbeitsunfällen und seine zivilrechtliche Haftung bei Schäden abdeckt, die dem von ihm für die Bauarbeiten beschäftigten Personal, dem öffentlichen Auftraggeber oder dessen Beschäftigten im Zusammenhang mit der Ausführung des Vertrags entstehen. Bei Personenschäden gilt für die Haftung eine Schadensfallgrenze in Höhe des in den Besonderen Bedingungen genannten Betrags, ohne Einschränkung der Zahl der Schadensfälle. Ist in den Besonderen Bedingungen kein Betrag festgelegt, so gilt für die Haftung eine Schadensfallgrenze von einer Million EUR.
- 16.4 Der Auftragnehmer hat einen Versicherungsvertrag abzuschließen, der seine Risikohaftung und seine zivilrechtliche Haftung für eine von ihm, seinen Rechtsnachfolgern oder seinen Bevollmächtigten zu vertretende Handlung oder Unterlassung deckt. Die Versicherungssumme muss sich mindestens auf den in den Besonderen Bedingungen genannten Betrag belaufen. Darüber hinaus hat er dafür Sorge zu tragen, dass alle seine Unterauftragnehmer einen entsprechenden Versicherungsvertrag abgeschlossen haben.
- 16.5 Die in diesem Artikel genannten Versicherungsverträge sind innerhalb von 30 Tagen nach der Mitteilung über die Zuschlagserteilung abzuschließen und unterliegen der Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers. Die Versicherungen müssen vom Beginn der Arbeiten bis zur endgültigen Abnahme der Bauleistungen

wirksam sein. Der Auftragnehmer hat dem öffentlichen Auftraggeber die Versicherungspolice vorzulegen und auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers oder der Aufsicht unverzüglich den Nachweis über die regelmäßige Zahlung der Prämien zu erbringen.

- 16.6 Unbeschadet der Versicherungspflicht des Auftragnehmers gemäß Artikel 16 haftet ausschließlich der Auftragnehmer; er entschädigt den öffentlichen Auftraggeber und die Aufsicht im Falle von Forderungen aufgrund von Sach- oder Personenschäden, die bei der Ausführung der Bauleistungen durch den Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer und seine Beschäftigten in Verbindung mit den Arbeiten verursacht wurden.

Artikel 17 - Programm für die Durchführung der Aufgaben

- 17.1 Unbeschadet eines als Teil des Angebots unterbreiteten Arbeitsprogramms legt der Auftragnehmer der Aufsicht innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Mitteilung des Zeitpunkts des Baubeginns ein Programm für die Aufgabendurchführung vor, aufgeschlüsselt nach Tätigkeiten und Monaten. Dieses Programm umfasst mindestens die folgenden Angaben:

- a) die vom Auftragnehmer für die Ausführung der Bauleistungen vorgeschlagene Reihenfolge;
- b) die Fristen für die Vorlage und die Genehmigung der Zeichnungen;
- c) ein Organigramm mit den Namen, Qualifikationen und Lebensläufen der Mitarbeiter, die auf der Baustelle die Verantwortung tragen;
- d) eine allgemeine Beschreibung der Methoden, einschließlich der Reihenfolge nach Monat und Art, die der Auftragnehmer für die Ausführung der Bauleistungen vorschlägt;
- e) einen Plan für die Absteckung und Organisation der Baustelle;
- f) weitere Einzelheiten und Angaben, die die Aufsicht billigerweise verlangen kann.

- 17.2 Die Aufsicht sendet diese Unterlagen innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt mit ihrer Genehmigung oder relevanten Anmerkungen an den Auftragnehmer zurück, sofern die Aufsicht den Auftragnehmer innerhalb dieser zehntägigen Frist nicht über ihren Wunsch unterrichtet hat, die Unterlagen auf einer Sitzung zu besprechen.

- 17.3 Hat die Aufsicht innerhalb dieser zehntägigen Frist keine Entscheidung oder Abänderungen übermittelt und keine Sitzung gewünscht, so gilt das vorgelegte Programm als genehmigt.

- 17.4 Die Genehmigung des Programms durch die Aufsicht entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen.
- 17.5 Wesentliche Änderungen des Programms sind ohne Genehmigung der Aufsicht nicht zulässig. Entspricht jedoch der Fortgang der Arbeiten nicht dem Programm, kann die Aufsicht den Auftragnehmer anweisen, in Einklang mit dem Verfahren gemäß Artikel 17 ein überarbeitetes Programm vorzulegen.

Artikel 18 - Detaillierte Preisaufschlüsselung

- 18.1 Sofern nicht bereits in seinem Angebot enthalten hat der Auftragnehmer binnen einer Frist von höchstens 20 Tagen nach dem begründeten Verlangen der Aufsicht eine detaillierte Aufschlüsselung seiner Vergütungssätze und Preise vorzulegen, falls eine solche Aufschlüsselung im Rahmen des Auftrags benötigt wird.
- 18.2 Innerhalb von 30 Tagen nach der Mitteilung über die Zuschlagserteilung legt der Auftragnehmer der Aufsicht nur zu deren Unterrichtung einen genauen, in Quartale unterteilten Mittelverwendungsvoranschlag für alle Zahlungen vor, auf die er vertragsgemäß Anspruch haben kann. In der Folge unterbreitet er auf Verlangen der Aufsicht in vierteljährlichen Abständen überarbeitete Mittelverwendungsvoranschläge. Aus dieser Mitteilung erwächst dem öffentlichen Auftraggeber oder der Aufsicht keinerlei Verbindlichkeit.

Artikel 19 - Zeichnungen und Planungsstudien des Auftragnehmers

- 19.1 Der Auftragnehmer legt der Aufsicht Folgendes zur Genehmigung vor:
- a) alle im Auftrag aufgeführten Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke und/oder Modelle innerhalb der dort oder im Programm für die Durchführung der Aufgaben gesetzten Fristen und gemäß den dort vorgesehenen Verfahren;
 - b) alle Zeichnungen, die die Aufsicht für die Durchführung der Aufgaben billigerweise anfordern kann.
 - c) Bei Brücken und anderen Stahlbetonkonstruktionen führt der Auftragnehmer die erforderlichen Bodenuntersuchungen durch, bevor er mit der Arbeit am Fundament beginnt. Der Auftragnehmer übermittelt der Aufsicht die Ergebnisse dieser Untersuchungen sowie die Berechnungen für das Fundament in dreifacher Ausführung mindestens 30 Tage vor Beginn der betreffenden Bauarbeiten.
 - d) Der Auftragnehmer erstellt auf eigene Kosten alle Grund- und Bauzeichnungen sowie andere Unterlagen und Gegenstände, die für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags erforderlich sind, insbesondere Zeichnungen, statische Berechnungen und Bewehrungspläne für Stahlbetonkonstruktionen. Der Auftragnehmer legt alle Grund- und

Bauzeichnungen, Bewehrungspläne, statische Berechnungen und anderen Unterlagen oder Gegenstände, die der Genehmigung durch die Aufsicht bedürfen, mindestens einen Monat vor Beginn der betreffenden Bauarbeiten in dreifacher Ausfertigung vor.

Die Aufsicht sendet dem Auftragnehmer innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt die Zeichnungen, statischen Berechnungen, Gegenstände und andere gemäß den Buchstaben c und d erforderlichen Unterlagen mit ihrer Genehmigung oder ihren Anmerkungen zurück.

- 19.2 Teilt die Aufsicht ihre Genehmigung gemäß Artikel 19 Absatz 1 nicht innerhalb der im Auftrag oder im genehmigten Programm für die Durchführung der Aufgaben genannten Fristen mit, so gilt die Genehmigung der Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle mit Ablauf der vereinbarten Frist als erteilt. Wurde keine Frist vereinbart, so gilt die Genehmigung 15 Tage nach Eingang der Unterlagen als erteilt.
- 19.3 Genehmigte Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke und Modelle sind von der Aufsicht zu unterzeichnen oder auf andere Weise zu kennzeichnen; es darf nur von ihnen abgewichen werden, wenn dies von der Aufsicht angeordnet wird. Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle des Auftragnehmers, die von der Aufsicht nicht genehmigt werden, sind so zu ändern, dass sie den Anforderungen der Aufsicht entsprechen, und vom Auftragnehmer erneut zur Genehmigung vorzulegen. Der Auftragnehmer nimmt innerhalb von 15 Tagen nach der Übermittlung der Anmerkungen der Aufsicht die erforderlichen Korrekturen, Anpassungen usw. der Unterlagen, statischen Berechnungen usw. vor. Die korrigierten oder angepassten Unterlagen, Zeichnungen, statischen Berechnungen usw. werden derselben Vorgehensweise entsprechend erneut der Aufsicht zur Genehmigung vorgelegt.
- 19.4 Der Auftragnehmer hat weitere Exemplare der genehmigten Zeichnungen in der im Auftrag oder in später erlassenen Verwaltungsanweisungen genannten Form und Zahl bereitzustellen.
- 19.5 Die Genehmigung von Zeichnungen, Unterlagen, Probestücken und Modellen entbindet den Auftragnehmer von keiner seiner Verpflichtungen im Rahmen des Auftrags.
- 19.6 Die Aufsicht ist berechtigt, zu jedem angemessenen Zeitpunkt in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers Einsicht in sämtliche Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle im Zusammenhang mit dem Vertrag zu nehmen.
- 19.7 Vor der vorläufigen Abnahme der Bauwerke hat der Auftragnehmer Betriebs- und Wartungsanleitungen mit Zeichnungen bereitzustellen, die so ausführlich sind,

dass sie den öffentlichen Auftraggeber in die Lage versetzen, alle Teile des Bauwerks zu betreiben, zu warten, einzustellen und instand zu setzen. Falls in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vereinbart ist, sind die Anleitungen und Zeichnungen in der Vertragssprache abzufassen. Die Bauarbeiten gelten im Sinne der vorläufigen Abnahme nicht als abgeschlossen, solange diese Anleitungen und Zeichnungen dem Auftraggeber nicht ausgehändigt worden sind.

Artikel 20 - Angemessenheit der Angebotspreise

- 20.1 Vorbehaltlich möglicher zusätzlicher Bestimmungen in den Besonderen Bedingungen wird vorausgesetzt, dass der Auftragnehmer die Baustelle und ihre Umgebung besichtigt und untersucht hat, dass er sich vor Abgabe des Angebots über die Beschaffenheit des Bodens und des Untergrunds informiert hat und dass er die Form und Beschaffenheit der Baustelle, den Umfang und die Art der Bauarbeiten und die für die Fertigstellung der Arbeiten erforderlichen Baustoffe, die Verkehrsverbindungen und den Zugang zur Baustelle sowie die gegebenenfalls erforderlichen Unterkünfte berücksichtigt hat und sich generell alle notwendigen Informationen über die Risiken, Unsicherheitsfaktoren und alle anderen Umstände beschafft hat, die einen Einfluss oder eine Auswirkung auf sein Angebot haben.
- 20.2 Es wird davon ausgegangen, dass sich der Auftragnehmer vor Abgabe des Angebots von der Richtigkeit und Angemessenheit des Angebots und der im Mengenansatz oder in der Preisübersicht genannten Sätze und Preise überzeugt hat, die, sofern im Vertrags nichts anderes festgelegt ist, alle seine Verpflichtungen im Rahmen des Auftrags abdecken.
- 20.3 Es wird vorausgesetzt, dass der Auftragnehmer seine Preise aufgrund eigener Berechnungen, Ansätze und Schätzungen festgesetzt hat; er führt daher Leistungen, die unter einem Posten anfallen, für den er in seinem Angebot weder einen Einheitspreis noch einen Pauschalpreis angegeben hat, ohne zusätzliches Entgelt aus.

Artikel 21 - Außergewöhnliche Risiken

- 21.1 Trifft der Auftragnehmer während der Ausführung der Bauleistungen auf künstliche Hindernisse oder auf natürliche Bedingungen, die von einem erfahrenen Auftragnehmer normalerweise nicht vorauszusehen waren, und ist der Auftragnehmer der Ansicht, dass hieraus zusätzliche Kosten entstehen werden und/oder eine Verlängerung der Frist für die Ausführung der Aufgaben notwendig wird, so teilt er dies der Aufsicht gemäß Artikel 35 und/oder 55 mit. Der Auftragnehmer hat in dieser Mitteilung die vorgefundenen künstlichen Hindernisse und/oder natürlichen Bedingungen genau anzugeben und ihre voraussichtlichen Auswirkungen, die Maßnahmen, die er trifft oder zu treffen gedenkt, und das Ausmaß der voraussichtlichen Verzögerung oder Beeinträchtigung der Ausführung der Bauleistungen im Einzelnen zu beschreiben.

21.2 Nach Erhalt der Mitteilung kann die Aufsicht unter anderem:

- a) von dem Auftragnehmer einen Kostenvoranschlag für die Maßnahmen verlangen, die er trifft oder zu treffen gedenkt;
- b) die in Buchstabe a genannten Maßnahmen mit oder ohne Änderung genehmigen;
- c) schriftliche Anweisungen darüber erteilen, wie hinsichtlich der künstlichen Hindernisse oder natürlichen Bedingungen zu verfahren ist;
- d) eine Änderung, Aussetzung oder Kündigung des Auftrags anordnen.

21.3 Die Aufsicht entscheidet, in welchem Umfang sämtliche oder ein Teil der genannten künstlichen Hindernisse oder natürlichen Bedingungen von einem erfahrenen Auftragnehmer normalerweise nicht vorauszusehen waren, und

- a) berücksichtigt dementsprechend bei der Festsetzung einer etwaigen Verlängerung des Durchführungszeitraums, auf den der Auftragnehmer nach Artikel 35 Anspruch hat, eine etwaige Verzögerung, von der der Auftragnehmer infolge solcher Hindernisse oder Bedingungen betroffen ist; und/oder
- b) legt bei künstlichen Hindernissen oder natürlichen Bedingungen außer Witterungsverhältnissen zusätzliche Zahlungen an den Auftragnehmer nach Artikel 55 fest.

21.4 Witterungsverhältnisse berechtigen den Auftragnehmer nicht zu Forderungen nach Artikel 55.

21.5 Entscheidet die Aufsicht, dass die künstlichen Hindernisse oder natürlichen Bedingungen insgesamt oder teilweise von einem erfahrenen Auftragnehmer normalerweise hätten vorausgesehen werden können, so unterrichtet sie den Auftragnehmer so bald wie möglich hiervon.

Artikel 22 - Sicherheit auf der Baustelle

22.1 Der Auftragnehmer kann allen nicht an der Vertragsausführung Beteiligten mit Ausnahme der von der Aufsicht oder vom öffentlichen Auftraggeber ermächtigten Personen den Zutritt zur Baustelle untersagen.

22.2 Der Auftragnehmer hat während des gesamten Zeitraums der Ausführung für die Sicherheit auf der Baustelle zu sorgen und in eigener Verantwortung die Maßnahmen zu treffen, die im Interesse seiner Beschäftigten, der Beauftragten des öffentlichen Auftraggebers und Dritter zur Verhütung von Schäden und Unfällen bei der Durchführung der Arbeiten erforderlich sind.

- 22.3 Der Auftragnehmer trifft in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten alle zum Schutz, zur Sicherung und zur Erhaltung der bestehenden Anlagen und Bauwerke notwendigen Maßnahmen. Er stellt und unterhält auf eigene Kosten die Beleuchtungs- und Schutzanlagen sowie die Absperrungen und Sicherheitsvorkehrungen, soweit dies für die ordnungsgemäße Durchführung der Aufgaben erforderlich ist oder von der Aufsicht billigerweise gefordert werden kann.
- 22.4 Ergibt sich während der Durchführung der Aufgaben die Notwendigkeit dringender Maßnahmen zur Vermeidung von Unfällen oder Schäden oder zur Gewährleistung der Sicherheit im Anschluss an einen Unfall oder Schadensfall, so fordert die Aufsicht den Auftragnehmer formell auf, das Notwendige zu veranlassen. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage oder nicht gewillt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, so kann die Aufsicht die entsprechenden Arbeiten auf Kosten des Auftragnehmers ausführen, soweit dieser für sie verantwortlich ist.

Artikel 23 - Schutz angrenzender Grundstücke

- 23.1 Der Auftragnehmer trifft in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten alle zur fachgerechten Bauausführung und entsprechend den herrschenden Umständen erforderlichen Vorkehrungen, um die angrenzenden Grundstücke zu schützen und zu vermeiden, dass dort durch sein Verschulden außergewöhnliche Störungen entstehen.
- 23.2 Der Auftragnehmer sichert den öffentlichen Auftraggeber gegen die finanziellen Folgen etwaiger Forderungen der Besitzer oder Bewohner der angrenzenden Grundstücke ab, soweit der Auftragnehmer dafür verantwortlich ist und sofern die den angrenzenden Grundstücken entstandenen Schäden nicht die Folgen des Risikos sind, das durch die Planung oder die Baumethode geschaffen worden ist, welche der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht dem Auftragnehmer vorgegeben haben.

Artikel 24 - Beeinträchtigung des Verkehrs

- 24.1 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass die Arbeiten und Einrichtungen den Verkehr auf Verkehrseinrichtungen wie Straßen, Eisenbahnlinien, Binnenwasserstraßen und Flughäfen nicht mehr stören oder behindern, als nach den Besonderen Bedingungen zulässig ist. Er wählt namentlich die Fahrstrecken und Fahrzeuge unter Berücksichtigung des jeweils zulässigen Höchstgewichts aus.
- 24.2 Die besonderen Maßnahmen, die der Auftragnehmer für notwendig hält, die in den Besonderen Bedingungen vorgesehen sind oder vom öffentlichen Auftraggeber zum Schutz oder zur Verstärkung von Teilstrecken der Straßen, Wege oder Brücken verlangt werden, werden auf Kosten des Auftragnehmers durchgeführt, unabhängig davon, ob dieser sie selbst ausführt oder nicht. Der Auftragnehmer unterrichtet vor Durchführung der besonderen Maßnahmen die

Aufsicht von den beabsichtigten Maßnahmen. Die Reparatur etwaiger Schäden an Straßen, Wegen oder Brücken durch die Beförderung von Baustoffen, Anlagen oder Ausrüstungsgegenständen erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers.

Artikel 25 - Abwasser- und Versorgungsleitungen

- 25.1 Stößt der Auftragnehmer bei der Durchführung der Bauarbeiten auf Markierungen, die den Verlauf unterirdischer Kabel, Abwasser- und Versorgungsleitungen oder Anlagen kennzeichnen, so lässt er diese Markierungen an ihrem Platz oder bringt sie wieder an, wenn die Ausführung der Arbeiten eine vorübergehende Entfernung erforderlich gemacht hat. Die entsprechenden Maßnahmen müssen zuvor von der Aufsicht genehmigt werden.
- 25.2 Die sorgfältige Erhaltung, die Entfernung bzw. die Rückverlegung von Kabel, Abwasser- und Versorgungsleitungen oder Anlagen, auf die der öffentliche Auftraggeber im Auftrag hingewiesen hat, sowie die damit verbundenen Kosten sind Sache des Auftragnehmers.
- 25.3 Bei Kabel, Abwasser- und Versorgungsleitungen oder Anlagen, die nicht im Auftrag bezeichnet, aber als solche im Gelände gekennzeichnet oder erkennbar sind, ist der Auftragnehmer allgemein zur Vorsicht und in der gleichen Weise wie vorstehend dargelegt zur Erhaltung, Entfernung und Rückverlegung verpflichtet. In diesem Fall jedoch erstattet der öffentliche Auftraggeber die Kosten für die Arbeiten, soweit sie zur Ausführung des Auftrags notwendig sind.
- 25.4 Die Entfernung und Rückverlegung von Kabel, Abwasser- und Versorgungsleitungen oder Anlagen sowie die dadurch entstehenden Kosten gehen jedoch nicht zu Lasten des Auftragnehmers, wenn der öffentliche Auftraggeber entscheidet, diese Aufgabe selbst zu übernehmen. Dies gilt auch, wenn die Arbeiten und Kosten einer besonderen Verwaltung oder einem Bevollmächtigten obliegen.
- 25.5 Besteht die Gefahr, dass bestimmte Arbeiten auf einer Baustelle Störungen oder Schädigungen eines öffentlichen Versorgungsbetriebs verursachen, so benachrichtigt der Auftragnehmer die Aufsicht umgehend schriftlich, wobei er die Arbeiten mit einer Frist ankündigt, die so bemessen ist, dass rechtzeitig geeignete Maßnahmen im Hinblick auf einen normalen Arbeitsverlauf getroffen werden können.

Artikel 26 - Abstecken

- 26.1 Der Auftragnehmer ist verantwortlich für
 - a) die genaue Absteckung des Baukörpers in Bezug auf ursprüngliche Markierungen, Fluchtschnüre und Höhenmarken, die von der Aufsicht vorgegeben werden;

- b) die Richtigkeit der Lage, Ebenen, Abmessungen und Fluchten aller Teile des Bauwerks und
 - c) die Bereitstellung aller im Zusammenhang mit den vorgenannten Verpflichtungen erforderlichen Geräte, Vorrichtungen und Arbeiten.
- 26.2 Wird zu irgendeinem Zeitpunkt während der Ausführung der Arbeiten ein Fehler hinsichtlich der Lage, Ebenen, Abmessungen oder Fluchten eines Teils des Baukörpers erkennbar, so berichtigt der Auftragnehmer auf Verlangen der Aufsicht diesen Fehler auf eigene Kosten zur Zufriedenheit der Aufsicht; geht der Fehler jedoch auf unrichtige Angaben der Aufsicht zurück, kommt der öffentliche Auftraggeber für die Berichtigung auf.
- 26.3 Die Überprüfung einer Absteckung oder einer Fluchtschnur oder Höhenmarke durch die Aufsicht enthebt den Auftragnehmer keinesfalls seiner Verantwortung für die richtige Absteckung, und der Auftragnehmer schützt und erhält sorgfältig alle zur Absteckung des Baukörpers verwendeten Höhenfestpunkte, Visierkreuze, Pflöcke und anderen Gegenstände.

Artikel 27 - Abbruchmaterial

- 27.1 Umfasst der Auftrag Abbrucharbeiten, so gehen die dabei gewonnenen Baustoffe und Gegenstände, sofern in den Besonderen Bedingungen und/oder den Rechtsvorschriften des Staates des öffentlichen Auftraggebers nichts anderes festgelegt ist, vorbehaltlich des Artikels 28 in das Eigentum des Auftragnehmers über.
- 27.2 Behalten die Besonderen Bedingungen das Eigentum an den bei Abbrucharbeiten gewonnenen Baustoffen oder den dabei angefallenen Gegenständen ganz oder teilweise dem öffentlichen Auftraggeber vor, so trifft der Auftragnehmer alle erforderlichen Vorkehrungen, um diese zu erhalten. Er haftet für von ihm oder seinen Bevollmächtigten verursachte Zerstörung oder Beschädigung dieser Baustoffe und Gegenstände.
- 27.3 Unbeschadet der Verwendung, der der öffentliche Auftraggeber die Baustoffe oder Gegenstände zuführen will, an denen er sich das Eigentum vorbehält, trägt der Auftragnehmer alle Kosten für deren Beförderung und Lagerung sowie die Kosten für die Aufbewahrung an der von der Aufsicht angegebenen Stelle, sofern diese nicht mehr als 1000 Meter entfernt ist.
- 27.4 Ist in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt, so sorgt der Auftragnehmer auf eigene Kosten im Verlauf der Arbeiten für die Entfernung des Abbruchmaterials, Abfalls und Bauschutts von der Baustelle.

Artikel 28 - Funde

- 28.1 Funde, die bei den Ausschachtungs- oder Abbrucharbeiten gemacht werden, werden unabhängig von ihrer Bedeutung unverzüglich der Aufsicht gemeldet. Diese entscheidet unter gebührender Berücksichtigung der Rechtsvorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, was mit den Funden geschehen soll.
- 28.2 Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Eigentum an den Gegenständen vor, die bei den Ausschachtungs- oder Abbrucharbeiten auf seinen Grundstücken gefunden wurden, wobei er den Auftragnehmer für etwaige besondere Bemühungen zu entschädigen hat.
- 28.3 Artefakte, Antiquitäten, Münzen, naturhistorische oder sonstige Gegenstände, die von wissenschaftlichem Interesse sind, sowie seltene Gegenstände oder Gegenstände aus Edelmetallen, die bei Ausschachtungs- oder Abbrucharbeiten gefunden wurden, sind Eigentum des öffentlichen Auftraggebers.
- 28.4 Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der öffentliche Auftraggeber allein über die in Artikel 28 Absätze 1 und 3 genannten Situationen.

Artikel 29 - Vorläufige Bauwerke

- 29.1 Der Auftragnehmer errichtet auf eigene Kosten die für die Ausführung der Bauleistungen notwendigen vorläufigen Bauwerke. Der Auftragnehmer unterbreitet der Aufsicht die Zeichnungen der vorläufigen Bauwerke, die er verwenden will, wie Fangedämme, Baugerüste, Fachwerke und Schalungen. Er berücksichtigt die Hinweise der Aufsicht, trägt jedoch die alleinige Verantwortung für diese Zeichnungen.
- 29.2 Sehen die Besonderen Bedingungen vor, dass der öffentliche Auftraggeber für die Planung bestimmter vorläufiger Bauwerke zuständig ist, so stellt die Aufsicht dem Auftragnehmer binnen angemessener Frist die erforderlichen Zeichnungen zur Verfügung, damit dieser die betreffenden vorläufigen Bauwerke nach dem Programm für die Durchführung der Aufgaben erstellen kann. In solchen Fällen trägt der öffentliche Auftraggeber die alleinige Verantwortung für ihre Sicherheit und dafür, dass ihre Planung dem vorgesehenen Gebrauch entspricht. Für ihre ordnungsgemäße Ausführung ist jedoch der Auftragnehmer verantwortlich.

Artikel 30 - Bodenuntersuchungen

- 30.1 Gemäß den Besonderen Bedingungen und den technischen Spezifikationen stellt der Auftragnehmer der Aufsicht das Personal und die Ausrüstung für die Bodenuntersuchungen zur Verfügung, die die Aufsicht billigerweise für notwendig hält. Die bei diesen Arbeiten anfallenden tatsächlichen Kosten für eingesetzte oder zur Verfügung gestellte Arbeitskräfte und Ausrüstungsgegenstände werden dem Auftragnehmer zuzüglich eines angemessenen Gewinns erstattet, sofern sie nicht bereits im Auftrag berücksichtigt sind.

Artikel 31 - Auftragsüberschneidungen

- 31.1 In Übereinstimmung mit den Anforderungen der Aufsicht räumt der Auftragnehmer allen anderen vom öffentlichen Auftraggeber beschäftigten Auftragnehmern und deren Arbeitern, den Arbeitern des öffentlichen Auftraggebers und anderer Behörden, die gegebenenfalls auf oder in der Nähe der Baustelle Arbeiten ausführen, die nicht im Auftrag eingeschlossen sind, oder um einen Auftrag zu erfüllen, den der öffentliche Auftraggeber gegebenenfalls im Zusammenhang mit oder zusätzlich zu den Bauleistungen erteilt hat, alle angemessenen Möglichkeiten zur Ausführung ihrer Arbeiten ein.
- 31.2 Stellt der Auftragnehmer jedoch auf schriftliches Ersuchen der Aufsicht einem dieser Auftragnehmer oder einer Behörde oder dem öffentlichen Auftraggeber Straßen oder Wege zur Verfügung, für deren Unterhaltung der Auftragnehmer verantwortlich ist, oder gestattet er einer der genannten anderen Personen die Nutzung seiner vorläufigen Bauwerke, Baugerüste oder sonstigen Ausrüstungen auf der Baustelle oder sorgt er für andere Dienstleistungen gleich welcher Art, die im Auftrag nicht vorgesehen sind, so zahlt der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer für diese Nutzung oder Dienstleistung die Beträge und/oder gewährt die Fristverlängerungen, die nach Einschätzung der Aufsicht hierfür angemessen sind.
- 31.3 Der Auftragnehmer wird nicht aufgrund von Artikel 31 irgendeiner seiner vertraglichen Verpflichtungen entbunden oder zu anderen als den in Artikel 31 Absatz 2 genannten Forderungen berechtigt.
- 31.4 Unter keinen Umständen befugen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einem Auftrag den Auftragnehmer dazu, die Durchführung anderer Aufträge zu ändern oder zu verzögern. Ebenso wenig hat der öffentliche Auftraggeber aus diesen Schwierigkeiten einen Vorteil zu ziehen und Zahlungen, die im Rahmen eines anderen Vertrags fällig sind, auszusetzen.

Artikel 32 - Patente und Lizenzen

- 32.1 Soweit in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, entschädigt der Auftragnehmer in dem Fall, dass Dritte, einschließlich Urheber und Rechteinhaber, im Zusammenhang mit der im Vertrag angegebenen Nutzung von Patenten, Lizenzen, Zeichnungen, Entwürfen, Mustern, Fabrik- oder Warenzeichen durch den öffentlichen Auftraggeber Ansprüche aus einer angeblichen oder tatsächlichen Verletzung von Urheberrechten, gewerblichen oder sonstigen Schutzrechten geltend machen, diese für sämtliche entstandenen Schäden und Kosten und stellt den öffentlichen Auftraggeber und die Aufsicht von etwaigen Ansprüchen frei, es sei denn, eine Verletzung derartiger Rechte ergibt sich aus der Einhaltung der vom öffentlichen Auftraggeber vorgegebenen Planung oder Spezifikation.

DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN UND VERZUG

Artikel 33 - Anordnung des Beginns

- 33.1 Die Aufsicht teilt dem Auftragnehmer mittels einer Verwaltungsanweisung den Zeitpunkt mit, zu dem der Zeitraum der Aufgabendurchführung beginnen muss.
- 33.2 Wenn die Parteien nichts anderes vereinbaren, beginnt der Zeitraum der Aufgabendurchführung nicht bevor
- a) die Baustelle oder ein Teil davon dem Auftragnehmer gemäß Artikel 9 je nach dem Fortschritt der Bauarbeiten gemäß dem vom der Aufsicht genehmigten Durchführungsprogramm zur Verfügung gestellt wurde;
 - b) dem Auftragnehmer die in Artikel 8 Absatz 1 genannten Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden.
- 33.3 Sofern von den Parteien nichts anderes vereinbart wurde, beginnt der Zeitraum der Aufgabendurchführung spätestens 180 Tage nach der Mitteilung über die Zuschlagserteilung.

Artikel 34 - Zeitraum der Durchführung der Aufgaben

- 34.1 Der Zeitraum der Durchführung der Aufgaben gilt wie in den Besonderen Bedingungen festgelegt, unbeschadet der Fristverlängerungen, die aufgrund von Artikel 35 gewährt werden können.
- 34.2 Sind für gesonderte Lose auch gesonderte Zeiträume für die Aufgabendurchführung vorgesehen – in Fällen, in denen einem Auftragnehmer mehrere Lose je Auftrag zugeteilt werden –, so dürfen diese Fristen nicht addiert werden.

Artikel 35 - Verlängerung des Zeitraums der Aufgabendurchführung

- 35.1 Der Auftragnehmer kann eine Verlängerung des Durchführungszeitraums beantragen, wenn sich die Vertragserfüllung aus einem der folgenden Gründe verzögert oder verzögern wird:
- a) außergewöhnliche Witterungsverhältnisse in dem Land, in dem die Bauleistungen erbracht werden, die die Durchführung der Arbeiten beeinträchtigen können;
 - b) künstliche Hindernisse oder natürliche Bedingungen, die von einem erfahrenen Auftragnehmer normalerweise nicht vorherzusehen waren;
 - c) Verwaltungsanweisungen, die den Zeitpunkt der Vertragserfüllung beeinflussen, sofern sie nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen;

- d) Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch den öffentlichen Auftraggeber;
- e) Unterbrechungen der Arbeiten aus Gründen, die nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen;
- f) höhere Gewalt;
- g) sonstige Ursachen im Sinne dieser Allgemeinen Bedingungen, die nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen.

35.2 Ist der Auftragnehmer der Ansicht, dass er Anspruch auf eine Verlängerung des vertraglichen Durchführungszeitraums hat, so

- a) unterrichtet er die Aufsicht spätestens 15 Tage, nachdem er das Ereignis oder den Umstand, das bzw. der eine Verlängerung erforderlich macht, festgestellt hat oder festgestellt haben sollte, von seiner Absicht, eine Verlängerung des Durchführungszeitraums zu beantragen; ersucht der Auftragnehmer innerhalb dieser 15tägigen Frist nicht um Verlängerung des Durchführungszeitraums, so wird der Durchführungszeitraum nicht verlängert und der öffentliche Auftraggeber wird von jeglicher Haftung im Zusammenhang mit dem Ersuchen entbunden; und
- b) übermittelt er innerhalb von 30 Tagen nach der vorgenannten Mitteilung der Aufsicht vollständige und ausführliche Einzelheiten des Ersuchens, damit es zu diesem Zeitpunkt geprüft werden kann, es sei denn der Auftragnehmer und die Aufsicht haben etwas anderes vereinbart.

35.3 Binnen 30 Tagen nach Eingang der ausführlichen Einzelheiten des Auftragnehmers zu seinem Ersuchen und nach angemessener Konsultation des öffentlichen Auftraggebers und gegebenenfalls des Auftragnehmers gewährt die Aufsicht in schriftlicher Form die entsprechende Verlängerung des Durchführungszeitraums entweder im Voraus oder rückwirkend, oder aber sie teilt dem Auftragnehmer mit, dass er keinen Anspruch auf Verlängerung hat.

Artikel 36 - Verzögerungen bei der Durchführung der Aufgaben

36.1 Vollendet der Auftragnehmer die Bauleistung nicht innerhalb der im Auftrag festgelegten Frist(en), so hat der öffentliche Auftraggeber, ohne förmliche Ankündigung und unbeschadet der sonstigen ihm vertragsgemäß zustehenden Rechtsmittel für jeden Tag oder Teil eines Tages zwischen dem Ende des für die Durchführung der Aufgaben vorgegebenen Zeitraums oder des nach Artikel 35 verlängerten Durchführungszeitraums und dem tatsächlichen Zeitpunkt der Fertigstellung Anspruch auf die Zahlung einer Vertragsstrafe nach dem in den Besonderen Bedingungen genannten Satz und bis zu dem dort festgelegten Höchstbetrag. Erfolgte für die Bauleistungen bereits eine Teilabnahme nach Artikel 59, so kann die in den Besonderen Bedingungen festgelegte Verzugsstrafe

entsprechend dem Wert des abgenommenen Teils im Verhältnis zum Wert der gesamten Bauleistungen verringert werden.

36.2 Hat der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf den Höchstbetrag gemäß Artikel 36 Absatz 1, so kann er nach Unterrichtung des Auftragnehmers

- a) die Erfüllungsgarantie einziehen und/oder
- b) den Vertrag kündigen und
- c) einem Dritten auf Kosten des Auftragnehmers einen Auftrag über die Ausführung der verbleibenden Arbeiten erteilen.

Artikel 37 - Änderungen

37.1 Änderungen des Vertrags werden mittels eines von beiden Parteien unterzeichneten Zusatzvertrags oder einer von der Aufsicht erteilten Verwaltungsanweisung formalisiert, es sei denn, die Änderungen ergeben sich aus der Anwendung des Vertrags.

37.2 Die Aufsicht ist befugt, für jeden Teil der Bauleistungen alle Änderungen anzuordnen, die für die ordnungsgemäße Fertigstellung und/oder Betriebsweise der Bauwerke notwendig sind. Solche Änderungen mittels Verwaltungsanweisung können Hinzufügungen, Auslassungen, Ersetzungen, Änderungen in Bezug auf die Qualität, die Menge, die Form, den Charakter, die Art, die Lage, die Abmessung, die Ebene oder die Fluchten des Baukörpers sowie Änderungen der Arbeitsfolge, der Arbeitsweise oder des Zeitplans für die Ausführung der Arbeiten beinhalten. Der Auftrag wird durch Verwaltungsanweisungen in keiner Weise ungültig, doch sind gegebenenfalls die finanziellen Auswirkungen solcher Änderungen nach Maßgabe von Artikel 22 Absätze 4 und 7 zu bewerten.

37.3 Alle Verwaltungsanweisungen werden schriftlich mit folgender Maßgabe erteilt:

- a) sollte die Aufsicht es aus irgendeinem Grund für nötig erachten, eine Anweisung mündlich zu erteilen, so bestätigt sie die Anweisung so bald wie möglich durch eine Verwaltungsanweisung;
- b) bestätigt der Auftragnehmer schriftlich eine nach Buchstabe a mündlich erteilte Anordnung und erhebt die Aufsicht nicht unverzüglich schriftlich Widerspruch dagegen, so gilt die Änderung als durch eine Verwaltungsanweisung der Aufsicht gedeckt;
- c) für eine Anhebung oder Verringerung der Menge einer Bauleistung ist keine Verwaltungsanweisung erforderlich, wenn diese Anhebung oder Verringerung darauf zurückzuführen ist, dass die Menge als Ergebnis der in Artikel 49 festgelegten Vermessung niedriger oder höher als die Menge ist, die im Mengenansatz oder in der Preisübersicht ausgewiesen ist.

37.4 Sofern Artikel 37 Absatz 3 nichts anderes vorsieht, teilt die Aufsicht dem Auftragnehmer vor dem Erlass der Verwaltungsanweisung mit, worin diese Änderung besteht. Der Auftragnehmer legt der Aufsicht dann unverzüglich schriftlich einen Vorschlag vor, der Folgendes enthält:

- a) eine Beschreibung der gegebenenfalls durchzuführenden Aufgaben oder zu treffenden Maßnahmen sowie ein Programm für die Durchführung der Maßnahmen;
- b) alle erforderlichen Änderungen des Programms für die Durchführung der Aufgaben oder einer der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers; und
- c) jede Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises entsprechend den in Artikel 37 aufgeführten Vorschriften.

37.5 Nach Erhalt des Vorschlags des Auftragnehmers gemäß Artikel 37 Absatz 4 entscheidet die Aufsicht nach angemessener Konsultation des öffentlichen Auftraggebers und gegebenenfalls des Auftragnehmers so bald wie möglich, ob die Änderung ausgeführt wird oder nicht. Akzeptiert die Aufsicht die Änderung, so erteilt sie dem Auftragnehmer in Form einer Verwaltungsanweisung den Auftrag, die Änderung zu den Preisen und unter den Bedingungen auszuführen, wie sie im Vorschlag des Auftragnehmers gemäß Artikel 37 Absatz 4 angegeben sind oder wie sie von der Aufsicht gemäß Artikel 37 Absatz 6 geändert wurden.

37.6 Die Preise für alle von der Aufsicht nach Artikel 37 Absätze 3 und 5 angeordneten Änderungen werden von der Aufsicht gemäß folgenden Grundsätzen ermittelt:

- a) Ist die Bauleistung ähnlicher Art wie eine Bauleistung, für die im Mengenansatz oder in der Preisübersicht ein Preis vorgesehen ist, ist und wird sie unter ähnlichen Bedingungen durchgeführt, so wird sie nach den darin enthaltenen Vergütungssätzen und Preisen veranschlagt;
- b) ist die Bauleistung nicht ähnlich geartet oder wird sie nicht unter ähnlichen Bedingungen durchgeführt, so werden die im Vertrag enthaltenen Vergütungssätze und Preise als Berechnungsgrundlage herangezogen, soweit dies angemessen erscheint; anderenfalls nimmt die Aufsicht eine angemessene Veranschlagung vor;
- c) bewirkt die Art oder der Umfang einer Änderung, welche die Art oder den Umfang des Auftrags als Ganzes oder eines Teils des Auftrags betrifft, nach Auffassung der Aufsicht, dass ein im Vertrag enthaltener Vergütungssatz oder Preis für einen Posten der Bauleistung aufgrund der Änderung nicht mehr angemessen ist, so legt die Aufsicht einen Vergütungssatz oder einen Preis fest, der ihr den jeweiligen Umständen entsprechend angemessen und korrekt erscheint;

- d) müssen wegen eines Versäumnisses oder eines Vertragsbruchs des Auftragnehmers Änderungen vorgenommen werden, so sind sämtliche zusätzlichen Kosten, die auf solche Änderungen zurückzuführen sind, vom Auftragnehmer zu tragen.

37.7 Nach Erhalt der Verwaltungsanweisung führt der Auftragnehmer die verlangten Änderungen durch, wobei Folgendes gilt:

- a) Der Auftragnehmer ist durch die vorliegenden Allgemeinen Bedingungen in der Weise daran gebunden, als sei die in der Verwaltungsanweisung verlangte Änderung im Vertrag festgehalten.
- b) Auch wenn die Gewährung einer Verlängerung des Durchführungszeitraums oder eine Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises noch aussteht, darf der Auftragnehmer die Ausführung der Verwaltungsanweisung nicht verzögern.
- c) Ergeht die Verwaltungsanweisung vor der Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises, führt der Auftragnehmer Buch über die durch die Änderung entstehenden Kosten und die zu ihrer Durchführung benötigte Zeit. Die Aufsicht kann zu jedem angemessenen Zeitpunkt Einsicht in diese Aufzeichnungen nehmen.

37.8 Weicht eine Überschreitung oder Unterschreitung des Gesamtwerts der Bauleistung bei der vorläufigen Abnahme um mehr als 15 % vom ursprünglichen (oder mittels eines Zusatzvertrags geänderten) vertraglich vereinbarten Preis ab und ist diese Überschreitung oder Unterschreitung auf eine Verwaltungsanweisung oder auf einen anderen Umstand zurückzuführen, der nicht durch ein Versäumnis des Auftragnehmers verursacht ist, so legt die Aufsicht in Anwendung von Artikel 37 Absatz 6 nach Konsultation des öffentlichen Auftraggebers und des Auftragnehmers gegebenenfalls Aufschläge zum oder Abzüge vom vertraglich vereinbarten Preis fest. Für die festzulegende Summe ist maßgeblich, um welchen Betrag der Wert der Bauleistungen um mehr als 15 % über- bzw. unterschritten wird. Die Aufsicht teilt dem öffentlichen Auftraggeber und dem Auftragnehmer die Summe mit und passt den vertraglich vereinbarten Preis entsprechend an.

37.9 Der Auftragnehmer teilt dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich jede Änderung der Bankverbindung mit. Der Auftragnehmer muss das Formular in Anhang V verwenden, um eine Änderung seiner Bankverbindung mitzuteilen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gewählte neue Bankverbindung abzulehnen.

Artikel 38 - Aussetzung

38.1 Aussetzung mittels Verwaltungsanweisung der Aufsicht:

Der Auftragnehmer setzt auf Anordnung der Aufsicht die Ausführung der Bauleistungen oder von Teilen davon so lange, so oft und in der Art und Weise aus, wie es die Aufsicht für erforderlich hält. Die Aussetzung wird an dem Tag, an dem diese Anordnung beim Auftragnehmer eingeht, oder zu einem späteren Zeitpunkt wirksam, wenn dies in der Anordnung so vorgesehen ist. Die Aufsicht fordert den Auftragnehmer so bald wie möglich auf, die ausgesetzte Vertragsausführung wieder aufzunehmen.

38.2 Aussetzung durch Mitteilung des Auftragnehmers:

Bei Zahlungsverzug von mehr als 30 Tagen nach dem in Artikel 44 Absatz 3 genannten Fälligkeitstermin ist der Auftragnehmer berechtigt, nachdem er den öffentlichen Auftraggeber mindestens 30 Tag im Voraus unterrichtet hat, die Bauleistungen auszusetzen oder den Arbeitsumfang zu verringern, bis er einen angemessenen Zahlungsbeleg oder die Zahlung erhalten hat.

Die Maßnahme des Auftragnehmers greift seinem Recht auf Verzugszinsen gemäß Artikel 53 Absatz 1 und auf Vertragskündigung gemäß Artikel 65 Absatz 1 nicht vor.

Erhält der Auftragnehmer anschließend vor Übermittlung der Vertragskündigung einen Zahlungsbeleg oder die Zahlung, so nimmt er die normale Leistungserbringung wieder auf, sobald dies praktisch möglich ist, spätestens aber 30 Tage nach Eingang des Belegs oder der Zahlung, es sei denn, die Parteien vereinbaren etwas anderes.

38.3 Vertragsaussetzung im Falle von mutmaßlichen schwerwiegenden Fehlern oder von Unregelmäßigkeit oder Betrug:

Der Vertrag kann ausgesetzt werden, um nachzuprüfen, ob mutmaßliche schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug tatsächlich während des Vergabeverfahrens oder bei der Vertragserfüllung begangen wurden. Wird dies nicht bestätigt, kann die Vertragserfüllung so bald wie möglich wiederaufgenommen werden.

38.4 Während der Aussetzung trifft der Auftragnehmer die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der schon erbrachten Bauleistungen, der Anlagen, der Ausrüstung und der Baustelle vor Wertminderung, Verlust oder Beschädigung. Zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit solchen Schutzvorkehrungen sind dem vertraglich vereinbarten Preis hinzuzufügen, es sei denn,

- a) sie sind an anderer Stelle im Vertrag vorgesehen oder
- b) die Aussetzung ist wegen eines Verstoßes oder Versäumnisses des Auftragnehmers erforderlich oder

- c) die Aussetzung ist aufgrund normaler klimatischer Bedingungen an der Baustelle erforderlich oder
 - d) die Aussetzung ist für die Sicherheit oder die ordnungsgemäße Ausführung der Bauleistungen oder einzelner Teile davon erforderlich, soweit sich diese Notwendigkeit nicht aus einer Handlung, einem Vertragsbruch oder einer Unterlassung der Aufsicht oder des öffentlichen Auftraggebers oder aus einem der in Artikel 21 genannten außergewöhnlichen Risiken ergibt, oder
 - e) die in Artikel 38 Absatz 3 genannten mutmaßlichen schwerwiegenden Fehler, Unregelmäßigkeiten oder der Betrug wurden bestätigt und sind dem Auftragnehmer anzulasten.
- 38.5 Der Auftragnehmer verlangt zusätzliche Zahlungen oder die Verlängerung des Durchführungszeitraums gemäß den Artikeln 35 und 55.
- 38.6 Dauert die Aussetzung länger als 180 Tage und ist sie nicht auf einen Vertragsbruch oder ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückzuführen, so kann der Auftragnehmer durch Mitteilung an die Aufsicht entweder um die Erlaubnis ersuchen, die Vertragserfüllung innerhalb von 30 Tagen wieder aufzunehmen, oder den Vertrag kündigen.
- 38.7 Der öffentliche Auftraggeber fordert den Auftragnehmer so bald wie möglich auf, die ausgesetzte Vertragserfüllung wieder aufzunehmen, oder teilt ihm die Kündigung des Vertrags mit.

BAUSTOFFE UND AUSFÜHRUNG

Artikel 39 - Bautagebuch

- 39.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, wird auf der Baustelle von der Aufsicht ein Bautagebuch geführt, in das mindestens folgende Angaben einzutragen sind:
- a) Witterungsverhältnisse, durch ungünstige Witterungsverhältnisse bedingte Arbeitsunterbrechungen, Arbeitsstunden, Anzahl und Qualifizierung der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, gelieferte Stoffe, verwendete Ausrüstung, nicht betriebsfähige Ausrüstung, an Ort und Stelle durchgeführte Tests, versandte Proben, unvorhergesehene Ereignisse sowie dem Auftragnehmer erteilte Anordnungen;
 - b) detaillierte Aufstellungen aller quantitativen und qualitativen Elemente der ausgeführten Arbeiten und des angelieferten und verwendeten Materials, soweit diese auf der Baustelle nachprüfbar und für die Berechnung der Zahlungen an den Auftragnehmer zweckdienlich sind.

- 39.2 Diese Aufstellungen sind Bestandteil des Bautagebuchs, können jedoch gegebenenfalls getrennt geführt werden. Die technischen Einzelheiten dieser Aufstellungen sind in den Besonderen Bedingungen geregelt.
- 39.3 Der Auftragnehmer hat rechtzeitig und gemäß den Besonderen Bedingungen für die Erfassung der später nicht mehr messbaren oder nachprüfbaren Arbeiten, Leistungen und Lieferungen in den Aufstellungen zu sorgen; geschieht dies nicht, so beugt er sich den Entscheidungen der Aufsicht, es sei denn, er liefert auf eigene Kosten Gegenbeweise.
- 39.4 Die nach Maßgabe des Arbeitsfortschritts vorgenommenen Eintragungen in das Bautagebuch werden von der Aufsicht unterzeichnet und vom Auftragnehmer oder seinem Vertreter gegengezeichnet. Im Falle von Einwänden teilt der Auftragnehmer der Aufsicht seine Bemerkungen innerhalb von 15 Tagen ab dem Zeitpunkt der beanstandeten Eintragung oder Aufstellung mit. Hat der Auftragnehmer weder gegengezeichnet noch innerhalb der ihm gesetzten Frist seine Einwände mitgeteilt, so wird davon ausgegangen, dass er mit den Eintragungen im Bautagebuch einverstanden ist. Der Auftragnehmer darf jederzeit Einsicht in das Bautagebuch nehmen und kann an Ort und Stelle die ihm zu seiner Information notwendig erscheinenden Abschriften von den Eintragungen selbst anfertigen oder sich aushändigen lassen, ohne das Bautagebuch zu entfernen.
- 39.5 Der Auftragnehmer erteilt der Aufsicht auf Verlangen die für die ordnungsgemäße Führung des Bautagebuchs erforderlichen Auskünfte.

Artikel 40 - Ursprung und Qualität der Bauleistungen und der Baustoffe

- 40.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, müssen alle im Rahmen des Vertrags erworbenen Waren ihren Ursprung in einem Land haben, das gemäß der Aufforderung zur Angebotsabgabe und den Besonderen Bedingungen teilnahmeberechtigt ist. Der Auftragnehmer muss bescheinigen, dass die angebotenen Waren diese Anforderungen erfüllen, und ihre Ursprungsländer angeben. Auf Verlangen hat er ausführlichere Auskünfte zu erteilen.
- 40.2 Die Arbeiten, Bauteile und Baustoffe müssen mit den im Vertrag vorgegebenen Spezifikationen, Zeichnungen, Voranschlägen, Mustern, Proben, Schablonen und sonstigen Auflagen übereinstimmen, die dem öffentlichen Auftraggeber und der Aufsicht während der gesamten Ausführungsfrist zur Überprüfung zur Verfügung stehen.
- 40.3 Der Auftragnehmer muss eine in den Besonderen Bedingungen vorgesehene vorherige technische Abnahme bei der Aufsicht beantragen. Im Antrag werden jeweils die Vertragsnummer, die Nummer des Loses und der Ort der Abnahme, sofern zutreffend, anzugeben. Die Aufsicht muss bescheinigt haben, dass die im Antrag genannten Bauteile und Baustoffe die Anforderungen für eine solche Abnahme erfüllen, bevor sie für die Bauarbeiten verwendet werden.

- 40.4 Selbst nach erfolgter technischer Abnahme des Materials und der Gegenstände, die in die Bauleistungen einbezogen oder für die Herstellung von Einzelteilen verwendet werden sollen, können diese zurückgewiesen werden und müssen dann vom Auftragnehmer sofort ersetzt werden, wenn sich bei einer erneuten Prüfung Mängel oder Fehler herausstellen. Dem Auftragnehmer kann Gelegenheit gegeben werden, zurückgewiesene Baustoffe und Gegenstände zu reparieren und in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, doch dürfen diese Baustoffe und Gegenstände nur dann zum Einbau verwendet werden, wenn sich die Aufsicht von der Reparatur und dem ordnungsgemäßen Zustand vergewissert hat.

Artikel 41 - Kontrolle und Tests

- 41.1 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Bauteile und Baustoffe so rechtzeitig an die Baustelle gebracht werden, dass die Aufsicht die Abnahme der Bauteile und Baustoffe vornehmen kann. Es wird vorausgesetzt, dass der Auftragnehmer sich über dabei möglicherweise auftretende Schwierigkeiten unterrichtet hat; er kann daher keine Rechtfertigung für eine Verzögerung bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen geltend machen.
- 41.2 Die Aufsicht ist berechtigt, die Einzelteile, die Baustoffe sowie die Ausführung zu kontrollieren, zu untersuchen, zu messen und zu prüfen und den Fortgang der Vorbereitung, Errichtung oder Herstellung sämtlicher Gegenstände zu überprüfen, die zur Auslieferung im Rahmen des Auftrags angefertigt, errichtet oder hergestellt werden, um festzustellen, ob die Einzelteile, die Baustoffe und die Ausführung der vorgeschriebenen Qualität und Menge entsprechen. Dies erfolgt am Ort der Herstellung, Errichtung bzw. Vorbereitung oder auf der Baustelle oder an den anderen Orten, die in den Besonderen Bedingungen aufgeführt sind.
- 41.3 Zur Vornahme von Tests und Kontrollen verpflichtet sich der Auftragnehmer,
- a) der Aufsicht vorübergehend und unentgeltlich die Unterstützung zu gewähren und die Proben oder die Teile sowie Maschinen, Ausrüstungsgegenstände, Werkzeuge, Arbeitskräfte, Materialien, Zeichnungen und Herstellungsdaten zur Verfügung zu stellen, die für Kontrollen und Tests üblicherweise erforderlich sind;
 - b) mit der Aufsicht Zeitpunkt und Ort der Tests zu vereinbaren;
 - c) der Aufsicht zu jedem angemessenen Zeitpunkt Zugang zum Ort der Tests zu gewähren.
- 41.4 Ist die Aufsicht zum vereinbarten Testzeitpunkt nicht anwesend, kann der Auftragnehmer, falls die Aufsicht keine anderen Weisungen erteilt hat, die Tests durchführen; diese werden als im Beisein der Aufsicht durchgeführt angesehen. Der Auftragnehmer übermittelt der Aufsicht unverzüglich beglaubigte Abschriften

der Testergebnisse, an die die Aufsicht im Falle ihrer Abwesenheit bei den Tests gebunden ist.

- 41.5 Haben die Einzelteile und das Material die oben genannten Tests bestanden, so teilt die Aufsicht dem Auftragnehmer dies mit oder zeichnet die Verfahrensbescheinigung gegen.
- 41.6 Kommen die Aufsicht und der Auftragnehmer zu unterschiedlichen Testergebnissen, so gibt jede Seite der anderen innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntwerden der Uneinigkeit ihre Stellungnahme dazu ab. Die Aufsicht oder der Auftragnehmer kann verlangen, dass diese Tests unter denselben Bedingungen wiederholt werden oder dass sie – auf Ersuchen einer der beiden Seiten – von einem einvernehmlich auszuwählenden Sachverständigen durchgeführt werden. Alle Testberichte werden der Aufsicht unterbreitet, die die Ergebnisse unverzüglich dem Auftragnehmer mitteilt. Die Ergebnisse der Gegenprüfung sind endgültig. Die Kosten für die Gegenprüfung sind von der Seite zu tragen, deren Ansicht durch diese Gegenprüfung widerlegt wurde.
- 41.7 Die Aufsicht und alle von ihr ermächtigten Personen dürfen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die von ihnen bei der Kontrolle und den Tests erlangten Informationen über die Herstellungsverfahren und den Betrieb des Unternehmens nicht an Personen weitergeben, die nicht berechtigt sind, davon Kenntnis zu erhalten.

Artikel 42 - Zurückweisung

- 42.1 Bauteile und Baustoffe, die nicht die spezifizierte Qualität aufweisen, werden zurückgewiesen. Sie können besonders gekennzeichnet werden, was sie weder verändern noch ihren Handelswert beeinträchtigen darf. Der Auftragnehmer entfernt zurückgewiesene Bauteile und Baustoffe innerhalb der von der Aufsicht festgelegten Frist von der Baustelle; anderenfalls werden sie von der Aufsicht auf Kosten und Risiko des Auftragnehmers entfernt. Bauleistungen, bei denen zurückgewiesene Bauteile und Baustoffe eingebaut wurden, werden zurückgewiesen.
- 42.2 Die Aufsicht ist während der Ausführung der Bauleistungen und vor ihrer Übernahme berechtigt anzuordnen oder zu beschließen, dass
- a) Bauteile oder Baustoffe, die nach Meinung der Aufsicht nicht dem Vertrag entsprechen, innerhalb der gegebenenfalls in der Anordnung festgelegten Frist von der Baustelle zu entfernen sind;
 - b) sie durch korrekte und geeignete Bauteile oder Baustoffe zu ersetzen sind; oder
 - c) dass Bauleistungen, die nach Meinung der Aufsicht im Hinblick auf die Bauteile und Baustoffe, die Ausführung oder die Planung, für die der

Auftragnehmer zuständig ist, nicht dem Auftrag entsprechen, auch wenn sie zuvor getestet wurden oder für sie eine Zwischenzahlung erfolgt ist, abzubauen und ordnungsgemäß wieder auszuführen oder zufriedenstellend instand zu setzen sind.

- 42.3 Die Aufsicht teilt dem Auftragnehmer ihren Beschluss so bald wie praktisch möglich unter ausführlicher Darlegung der behaupteten Mängel schriftlich mit.
- 42.4 Der Auftragnehmer behebt die festgestellten Mängel unverzüglich und auf eigene Kosten. Kommt der Auftragnehmer einer solchen Anordnung nicht nach, so ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, diese Anordnung durch andere Personen ausführen zu lassen; der öffentliche Auftraggeber bringt die dabei entstehenden Kosten von Beträgen in Abzug, die dem Auftragnehmer zu zahlen sind oder gegebenenfalls fällig werden.
- 42.5 Artikels 42 gilt unbeschadet der Ansprüche des öffentlichen Auftraggebers nach den Artikeln 36 und 63.

Artikel 43 - Eigentum an Anlagen und Baustoffen

- 43.1 Es wird davon ausgegangen, dass die Gesamtheit der vom Auftragnehmer bereitgestellten Ausrüstung, vorläufigen Bauwerke, Anlagen und Baustoffe, die auf die Baustelle verbracht werden, ausschließlich der Ausführung der Bauleistungen dient; der Auftragnehmer darf diese oder Teile davon nicht ohne Zustimmung der Aufsicht entfernen, es sei denn, er verbringt sie innerhalb der Baustelle an einen anderen Platz. Die Zustimmung der Aufsicht ist jedoch nicht erforderlich für Fahrzeuge, mit denen Personal, Arbeitskräfte, Ausrüstungsgegenstände, vorläufige Bauwerke, Bauteile oder Baustoffe von oder zur Baustelle befördert werden.
- 43.2 In den Besonderen Bedingungen kann vorgesehen werden, dass die Gesamtheit der Ausrüstung, vorläufigen Bauwerke, Anlagen und Baustoffe auf der Baustelle, die dem Auftragnehmer oder einer von ihm kontrollierten Firma gehören, für die Dauer der Ausführung der Arbeiten
 - a) auf den öffentlichen Auftraggeber übergehen oder
 - b) mit einem Pfandrecht zugunsten des öffentlichen Auftraggebers belegt sind oder
 - c) einer sonstigen Vereinbarung über die Vorrangigkeit der Interessen oder der Sicherheitsleistung unterworfen werden.
- 43.3 Wird der Vertrag gemäß Artikel 63 aufgrund eines Vertragsbruches des Auftragnehmers gekündigt, so ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, die auf der Baustelle befindlichen Ausrüstungen, vorläufigen Bauwerke, Anlagen und Baustoffe zu nutzen, um das Bauwerk fertigzustellen.

- 43.4 Jede Vereinbarung über die Anmietung von auf die Baustelle verbrachten Ausrüstungen, vorläufigen Bauwerken, Anlagen oder Baustoffen durch den Auftragnehmer enthält eine Klausel, wonach deren Eigentümer – auf schriftlichen Antrag des öffentlichen Auftraggebers, der binnen sieben Tagen nach dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung gemäß Artikel 64 zu stellen ist, und auf die Verpflichtung des öffentlichen Auftraggebers hin, ab diesem Zeitpunkt sämtliche Mietgebühren zu übernehmen – diese Ausrüstungen, vorläufigen Bauwerke, Anlagen oder Baustoffe dem öffentlichen Auftraggeber zu den gleichen Bedingungen wie dem Auftragnehmer vermietet, wobei der öffentliche Auftraggeber jedoch befugt ist, sie jedem sonstigen von ihm zur Vollendung der Bauleistungen gemäß Artikel 64 Absatz 3 beschäftigten Auftragnehmer zur Benutzung zu überlassen.
- 43.5 Bei Kündigung des Vertrags vor Fertigstellung des Bauwerks händigt der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber die Anlagen, vorläufigen Bauwerke, Ausrüstungen oder Baustoffe aus, die gemäß Artikel 43 Absatz 2 in das Eigentum des öffentlichen Auftraggebers übergegangen sind oder mit einem Pfandrecht belegt worden sind. Versäumt er dies, so darf der öffentliche Auftraggeber die ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreifen, um das Eigentum an diesen Anlagen, vorläufigen Bauwerken, Ausrüstungen und Baustoffen zu erlangen und vom Auftragnehmer die Erstattung der dadurch entstandenen Kosten zu erhalten.

ZAHLUNGEN

Artikel 44 - : Allgemeine Grundsätze

- 44.1 Die Zahlungen erfolgen gemäß den Besonderen Bedingungen in Euro oder in Landeswährung. Die verwaltungsmäßigen oder technischen Bedingungen, unter denen die Vorfinanzierungs-, die Zwischen- und/oder die Abschlusszahlungen gemäß den Allgemeinen Bedingungen geleistet werden, sind in den Besonderen Bedingungen festgelegt.
- 44.2 Vom öffentlichen Auftraggeber zu leistende Zahlungen werden auf das Bankkonto getätigt, das auf dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Formular „Finanzangaben“ genannt wurde. Dieses Formular muss auch dem Zahlungsantrag beigelegt werden, um eine Änderung der Bankverbindung mitzuteilen.
- 44.3 Vorfinanzierungszahlungen an den Auftragnehmer werden innerhalb von 90 Tagen nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Rechnung des Auftragnehmers und der in Artikel 46 Absatz 3 genannten Unterlagen beim öffentlichen Auftraggeber geleistet
- 44.4 Der öffentliche Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer die auf der Grundlage der jeweiligen Zwischenzahlungsanweisungen und der von der Aufsicht erstellten

Schlussabrechnung geschuldeten Beträge innerhalb von 90 Tagen, nachdem diese Anweisung zusammen mit der Rechnung des Auftragnehmers beim öffentlichen Auftraggeber eingegangen ist. Als Zahlungsdatum gilt das Datum, an dem das Zahlungskonto belastet wird. Die in Artikel 44 Absatz 3 genannte Frist kann ausgesetzt werden, indem dem Auftragnehmer mitgeteilt wird, dass die Rechnung nicht beglichen werden kann, da der Betrag nicht fällig ist, da geeignete, als Nachweis dienende Unterlagen nicht vorgelegt wurden oder da Beweismittel dafür vorliegen, dass die Ausgaben unter Umständen nicht für eine Zahlung in Betracht kommen. In letzterem Fall können vor Ort weitere Kontrollen durchgeführt werden. Nach Aufforderung muss der Auftragnehmer innerhalb von 30 Tagen Klarstellungen, Änderungen bzw. weitere Informationen vorlegen. Die Aufsicht trifft innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Klarstellungen eine Entscheidung und stellt gegebenenfalls eine überarbeitete Zahlungsanweisung oder Schlussabrechnung aus; die Zahlungsfrist läuft ab diesem Datum weiter.

- 44.5 Der Auftragnehmer hat alle über den fälligen Auftragsendwert hinausgehenden gezahlten Beträge an den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlen, und zwar vor der in der Lastschriftanzeige genannten Frist, d. h. innerhalb von 45 Tagen ab Ausstellung der Anzeige.

Sollte der Auftragnehmer die Rückzahlung nicht innerhalb der vorstehend genannten Frist leisten, kann der öffentliche Auftraggeber (sofern es sich bei dem Auftragnehmer nicht um eine Regierungsbehörde oder eine öffentliche Einrichtung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union handelt) Zinsen auf diese Beträge aufschlagen, und zwar,

- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,
- für Zahlungen in Euro zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz,

der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich dreieinhalb Prozentpunkten. Die Verzugszinsen fallen für die Zeit zwischen der Zahlungsfrist und dem Datum, an dem die Zahlung tatsächlich erfolgt, an. Etwaige Teilzahlungen decken zunächst die auf diese Weise anfallenden Zinsen.

An den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlende Beträge können mit Beträgen jeglicher Art verrechnet werden, die an den Auftragnehmer zu zahlen sind. Hiervon unberührt bleibt das Recht der Parteien, eine Zurückzahlung in Form von Teilbeträgen zu vereinbaren. Bankgebühren, die aus der Rückzahlung von Beträgen entstehen, die dem öffentlichen Auftraggeber zustehen, werden vollständig vom Auftragnehmer getragen.

Unbeschadet der Befugnis des öffentlichen Auftraggebers kann die Europäische Union erforderlichenfalls als Geber die Beträge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einziehen.

- 44.6 Vor oder anstelle der Kündigung des Vertrags nach Artikel 64 kann der öffentliche Auftraggeber als Vorsichtsmaßnahme die Zahlungen ohne Ankündigung aussetzen.
- 44.7 Stellt sich heraus, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt und dies auf den Auftragnehmer zurückzuführen ist, so kann der öffentliche Auftraggeber je nach dem Schweregrad der Fehler, der Unregelmäßigkeiten oder des Betrugs zusätzlich zu der Möglichkeit, die Vertragserfüllung gemäß Artikel 38 Absatz 3 auszusetzen und den Vertrag gemäß Artikel 64 zu kündigen, beschließen, keine Zahlungen zu leisten bzw. sich bereits geleistete Zahlungen erstatten zu lassen.

Artikel 45 - Verträge auf der Grundlage vorläufiger Preise

- 45.1 In Ausnahmefällen, in denen ein Vertrag über vorläufige Preise geschlossen wurde, werden die vertragsgemäß zu entrichtenden Beträge wie folgt berechnet:
- a) wie bei den Kostenzuschlagsverträgen nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c oder
 - b) zunächst auf der Grundlage vorläufiger Preise und, nachdem die Bedingungen für die Ausführung des Vertrags bekannt sind, wie bei Pauschalpreisverträgen oder Verträgen auf der Grundlage von Einheitspreisen nach Artikel 49 Absatz 1 Buchstaben a und b, oder wie in einem gemischten Vertrag.
- 45.2 Der Auftragnehmer stellt alle Informationen bereit, die der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht im Zusammenhang mit dem Vertrag zu Kalkulationszwecken billigerweise verlangen können. Kann über die Bewertung der Bauleistungen zu Kalkulationszwecken kein Einvernehmen erzielt werden, so werden die zu zahlenden Beträge von der Aufsicht festgesetzt.

Artikel 46 - Vorfinanzierung

- 46.1 Bei Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Aufgaben können dem Auftragnehmer, sofern dies in den Besonderen Bedingungen vorgesehen ist, auf Antrag und vor der ersten Zwischenzahlung in den nachstehend aufgeführten Fällen Vorfinanzierungen gewährt werden:
- a) ein pauschaler Vorschuss zur Deckung der Anlaufkosten;
 - b) als Vorfinanzierung für den Erwerb oder die Bestellung von Baustoffen, Anlagen, Ausrüstungen, Maschinen oder Werkzeug und für sonstige

größere Aufwendungen, zum Beispiel für den Erwerb von Patenten oder für Studien, die für die Ausführung des Vertrags erforderlich sind. Um die Vorfinanzierung zu erhalten, muss der Auftragnehmer einen Nachweis für einen solchen Erwerb oder eine solche Bestellung vorlegen.

46.2 In den Besonderen Bedingungen wird die Höhe der Vorfinanzierungen festgesetzt, die bei den pauschalen Vorschüssen nach Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe a 10 % und bei allen anderen Vorfinanzierungen nach Artikel 46 Absatz 1 Buchstabe b 20 % des ursprünglichen vertraglich vereinbarten Preises nicht überschreiten darf.

46.3 Eine Vorfinanzierung wird erst geleistet, wenn

- a) der Vertrag geschlossen worden ist,
- b) eine Erfüllungsgarantie gemäß Artikel 15 gestellt wurde;
- c) für den vollen Betrag der Vorfinanzierungszahlung eine finanzielle Sicherheit gestellt wurde, die gültig bleibt, bis der Auftragnehmer die Vorfinanzierung vollständig aus vertragsmäßigen Zwischenzahlungen erstattet hat, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist;
- d) der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen nach Artikel 16 nachgekommen ist;
- e) die Aufsicht das Programm für die Durchführung der Aufgaben gebilligt hat.

46.4 Der Auftragnehmer verwendet die Vorfinanzierung ausschließlich zur Deckung von Ausgaben im Zusammenhang mit den Bauleistungen. Verwendet der Auftragnehmer einen Teil der Vorfinanzierung zu anderen Zwecken, so ist dieser mit sofortiger Fälligkeit rückzahlbar, und der Auftragnehmer erhält keine weiteren Vorfinanzierungszahlungen.

46.5 Erlischt die für die Vorfinanzierung gestellte Sicherheit und versäumt es der Auftragnehmer, ihre Gültigkeit zu erneuern, so kann der öffentliche Auftraggeber entweder Abzüge in Höhe der Vorfinanzierungszahlung von künftigen an den Auftragnehmer vertragsgemäß zu leistenden Zahlungen vornehmen oder Artikel 15 Absatz 6 anwenden.

46.6 Wird der Auftrag aus irgendeinem Grund gekündigt, so können die Sicherheiten zur Sicherung der Vorfinanzierungen sofort zum Ausgleich des vom Auftragnehmer noch geschuldeten Restbetrags der Vorfinanzierung in Anspruch genommen werden, wobei der Sicherheitsgeber die Zahlung aus keinem Grund verzögern und keine Einwände dagegen erheben darf.

- 46.7 Die nach Artikel 46 für die Vorfinanzierung zu stellende Sicherheit wird freigegeben, sobald die Vorfinanzierungszahlung erstattet wurde.
- 46.8 Weitere Bedingungen und Verfahren für die Gewährung und Rückzahlung der Vorfinanzierungen sind in den Besonderen Bedingungen festgelegt.

Artikel 47 - Einbehaltene Beträge

- 47.1 Die Beträge, die von den Zwischenzahlungen als Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen des Auftragnehmers während der Gewährleistungsfrist einbehalten werden, sowie die diesbezüglichen Einzelvorschriften werden in den Besonderen Bedingungen festgelegt, und zwar mit der Maßgabe, dass diese Garantie auf keinen Fall 10 % des vertraglich vereinbarten Preises überschreiten darf.
- 47.2 Vorbehaltlich der Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers kann der Auftragnehmer auf eigenen Wunsch diese einbehaltenen Beträge spätestens zu dem für den Beginn der Bauleistungen festgesetzten Zeitpunkt durch eine nach Artikel 15 Absatz 3 gestellte Einbehaltungsgarantie ablösen.
- 47.3 Die einbehaltenen Beträge oder die Einbehaltungsgarantie werden innerhalb von 45 Tagen nach Erstellung der in Artikel 51 genannten unterzeichneten Schlussabrechnung freigegeben.

Artikel 48 - Preisanpassung

- 48.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist und mit Ausnahme von Artikel 48 Absatz 4 sind die Preise des Auftrags Festpreise, die nicht geändert werden dürfen.
- 48.2 Bei Aufträgen, bei denen eine Preisanpassung möglich ist, werden sowohl Anpassungen in den Kosten wesentlicher, örtlich bedingter oder externer Faktoren, die der Berechnung der Angebotspreise zugrunde lagen, wie Arbeitslöhne, Dienstleistungen, Baustoffe und Lieferungen als auch Anpassungen der auf Rechts- oder Verwaltungsvorschriften beruhenden Kosten berücksichtigt. Es gelten die Preisanpassungsklauseln der Besonderen Bedingungen.
- 48.3 Es wird davon ausgegangen, dass der Bieter seine Angebotspreise
- a) auf der Grundlage der Bedingungen ermittelt hat, die 30 Tage vor dem festgesetzten letzten Termin für die Angebotsabgabe oder, bei direkt vergebenen Aufträgen, am Tag der Auftragserteilung in Kraft waren;
 - b) die zu dem unter Artikel 48 Absatz 3 Buchstabe a festgelegten Bezugszeitpunkt geltenden Rechtsvorschriften und einschlägigen steuerrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt hat.

48.4 Wird nach dem in Artikel 48 Absatz 3 genannten Zeitpunkt auf nationaler Ebene oder auf der Ebene von Mitgliedstaaten eine gesetzliche Regelung, eine Verordnung, ein Erlass oder eine andere Rechtsvorschrift oder von einer Gebietskörperschaft oder anderen Behörde eine örtliche Verordnung oder Vorschrift in Kraft gesetzt oder geändert, die die vertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien ändert, so treten öffentlicher Auftraggeber und Auftragnehmer in Konsultationen über die bestmögliche Fortsetzung des Auftrags ein und können als Ergebnis dieser Konsultationen beschließen, dass

- a) der Auftrag geändert wird oder
- b) die benachteiligte Partei von der anderen Partei eine Ausgleichszahlung erhält oder
- c) das Vertragsverhältnis in beiderseitigem Einvernehmen gelöst wird.
- d) Bei einer vom Auftragnehmer zu verantwortenden Verzögerung in der Durchführung der Aufgaben gilt für die Preisanpassung während der Verzögerung entweder der Index, der auf die letzte Zwischenzahlungsanweisung für im Durchführungszeitraum ausgeführte Aufgaben angewandt wurde, oder der auf die vorläufige Abnahme der Aufgaben angewandte Index – je nachdem, welcher Index für den öffentlichen Auftraggebers günstiger ist.

Artikel 49 - Vermessung

49.1 Für die Bestimmung des Wertes von Bauaufträgen gelten folgende Berechnungsmethoden:

- a) Bei Pauschalpreisverträgen wird der Auftragspreis auf der Grundlage einer Aufschlüsselung des gesamten vertraglich vereinbarten Preises oder anhand einer Aufschlüsselung nach Prozentsätzen des vertraglich vereinbarten Preises, die einzelnen ausgeführten Bauabschnitten entsprechen, festgelegt. Werden bei Einzelposten auch Mengen aufgeführt, so gelten diese als Festmengen, für die der Auftragnehmer seinen Gesamtpreis unterbreitet hat und für die er ungeachtet der tatsächlich ausgeführten Bauleistungsmengen zu bezahlen ist.
- b) Bei Aufträgen mit Einheitspreis
 - i. wird der Auftragspreis dadurch errechnet, dass die Einheitssätze auf die bei den jeweiligen Posten tatsächlich auftragsgemäß ausgeführten Mengen angewandt werden;
 - ii. handelt es sich um bei den im Mengenansatz festgelegten Mengen um die geschätzten Mengen der Bauleistungen, die jedoch nicht als die tatsächlichen und genauen Mengen der Bauleistungen aufzufassen sind, die

der Auftragnehmer gemäß seinen vertraglichen Verpflichtungen auszuführen hat;

- iii. stellt die Aufsicht die tatsächlichen Mengen der vom Auftragnehmer ausgeführten Bauleistungen durch Vermessung fest; diese Bauleistungen werden gemäß Artikel 50 vergütet. Soweit in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, darf den Posten im Mengenansatz nichts hinzugefügt werden, es sei denn, der Auftragnehmer hat aufgrund einer Änderung gemäß Artikel 37 oder aufgrund einer sonstigen Bestimmung des Auftrags Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung;
 - iv. ersucht die Aufsicht, wenn sie eine Vermessung einzelner Teile der Bauleistungen verlangt, mit angemessener Frist den Auftragnehmer, bei der Vermessung zugegen zu sein oder sich durch einen qualifizierten Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Der Auftragnehmer oder sein Bevollmächtigter unterstützen die Aufsicht bei der Vermessung und machen alle von der Aufsicht geforderten Angaben. Ist der Auftragnehmer bei der Vermessung nicht anwesend oder unterlässt er es, einen Bevollmächtigten zu bestellen, so ist die von der Aufsicht durchgeführte oder von ihr gebilligte Vermessung für den Auftragnehmer verbindlich;
 - v. werden die Bauleistungen unbeschadet allgemeiner oder örtlicher Verkehrssitte netto vermessen, sofern im Vertrag nichts anderes festgelegt ist.
- c) Bei Kostenzuschlagsverträgen wird der Auftragspreis auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten mit einem vereinbarten Zusatz für Gemeinkosten und Gewinnzuschlag festgesetzt. In den Besonderen Bedingungen wird vorgesehen, welche Angaben der Auftragnehmer der Aufsicht im Sinne von Artikel 49 Absatz 1 Buchstabe c zu machen hat und in welcher Form diese vorzulegen sind.

49.2 Wird ein Posten im Vertrag als „vorläufig“ angegeben, so wird der hierfür zurückgestellte vorläufige Betrag bei der Berechnung der in Artikel 37 genannten Prozentsätze nicht berücksichtigt.

Artikel 50 - Zwischenzahlungen

50.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, unterbreitet der Auftragnehmer der Aufsicht am Ende eines jeden Zeitabschnitts gemäß Artikel 50 Absatz 7 in einer von der Aufsicht genehmigten Form einen Antrag auf Zwischenzahlungen. Die Rechnung umfasst folgende Angaben, soweit zutreffend:

- a) den geschätzte Auftragswert der endgültigen Bauwerke, soweit sie bis zum Ende des betreffenden Bauabschnitts errichtet worden sind;
- b) den Betrag, der den Preisanpassungen nach Maßgabe von Artikel 48 entspricht;

- c) den Betrag, der als einbehaltener Betrag gemäß Artikel 47 einzubehalten ist;
- d) Gut- und/oder Lastschriften für den betreffenden Bauabschnitt für Anlagen und Baustoffe, die sich an der Baustelle befinden und zum Einbau in das endgültige Bauwerk bestimmt, aber noch nicht darin eingebaut sind, in der in Artikel 50 Absatz 2 vorgesehenen Höhe und unter den darin aufgeführten Voraussetzungen;
- e) den Betrag, der als Rückzahlung der Vorfinanzierung gemäß den Bestimmungen des Artikels 46 abzuziehen ist, und
- f) jeden weiteren Betrag, auf den der Auftragnehmer nach Maßgabe des Vertrags Anspruch hat.

50.2 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf die Beträge, die die Aufsicht zur Berücksichtigung der Anlagen und Baustoffe, die zum Einbau in das Bauwerk bestimmt, aber noch nicht eingebaut sind, für angemessen hält, sofern

- a) die Anlagen und Baustoffe den Spezifikationen für das endgültige Bauwerk entsprechen und so in Einzelpartien gelagert werden, dass sie von der Aufsicht erkannt werden können;
- b) diese Anlagen und Baustoffe zur Zufriedenheit der Aufsicht an der Baustelle angeliefert worden, ordnungsgemäß gelagert und vor Verlust, Beschädigung oder Verderb geschützt sind;
- c) der Auftragnehmer über Bedarf, Bestellungen, Eingänge und Verbrauch der Anlagen und Baustoffe im Rahmen des Auftrags Aufzeichnungen in einer von der Aufsicht genehmigten Form führt und diese der Aufsicht zur Überprüfung bereithält;
- d) der Auftragnehmer gleichzeitig mit seiner Aufstellung den Schätzwert der an der Baustelle angelieferten Anlagen und Baustoffe zusammen mit Unterlagen unterbreitet, die von der Aufsicht zum Zweck der Bewertung der Anlagen und Baustoffe und zum Nachweis des Eigentums und der Bezahlung gegebenenfalls verlangt werden, und
- e) der öffentliche Auftraggeber nach den Besonderen Bedingungen als Eigentümer der Anlagen und Baustoffe, die in Artikel 43 genannt werden, gilt.

50.3 Eine von der Aufsicht erteilte Genehmigung einer von ihr angewiesenen Zwischenzahlung für Anlagen und Baustoffe gemäß Artikel 50 berührt nicht die vertraglichen Rechte der Aufsicht, nicht auftragsgemäße Anlagen oder Baustoffe zurückzuweisen.

- 50.4 Der Auftragnehmer haftet hinsichtlich der Anlagen und Baustoffe an der Baustelle für Verlust und Beschädigung, kommt für die durch deren Lagerung und Handhabung entstandenen Kosten auf und schließt eine Zusatzversicherung ab, die Verlust- und Beschädigungsrisiken gleich welchen Ursprungs abdeckt.
- 50.5 Binnen 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung für die Zwischenzahlung
- a) vergewissert sich die Aufsicht, dass die Rechnung für die Zwischenzahlung auf den dem Auftragnehmer vertragsgemäß zustehenden Betrag lautet. In Fällen, in denen Meinungsverschiedenheiten über den Wert eines Postens bestehen, ist die Ansicht der Aufsicht ausschlaggebend.
 - b) Ist der dem Auftragnehmer zustehende Betrag festgestellt, so stellt die Aufsicht – für den öffentlichen Auftraggeber zur Zahlung und den Auftragnehmer zur Information – eine Anweisung über die Zwischenzahlung in Höhe des dem Auftragnehmer zustehenden Betrages aus und unterrichtet den Auftragnehmer davon, für welche Bauleistungen die Bezahlung erfolgt.
- 50.6 Die Aufsicht kann durch eine Zwischenzahlungsanweisung frühere von ihr ausgestellte Anweisungen berichtigen oder ändern und ist berechtigt, den Anweisungsbetrag zu ändern oder die Ausstellung einer Zwischenzahlungsanweisung zurückzustellen, wenn die Bauleistungen oder ein Teil dieser Leistungen nicht zu ihrer Zufriedenheit ausgeführt wurden.
- 50.7 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anders vorgesehen ist, erfolgt eine Zwischenzahlung im Monat.

Artikel 51 - Schlussabrechnung

- 51.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, legt der Auftragnehmer der Aufsicht spätestens 90 Tage nach Ausstellung der endgültigen Abnahmebescheinigung gemäß Artikel 62 den Entwurf der Schlussabrechnung vor. Damit die Aufsicht die Schlussabrechnung erstellen kann, werden dem Entwurf der Schlussabrechnung Belege beigefügt, aus denen der Wert der vertragsgemäß erbrachten Bauleistungen und alle weiteren Beträge, die dem Auftragnehmer seines Erachtens vertragsgemäß zustehen, im Einzelnen hervorgehen.
- 51.2 Die Aufsicht erstellt innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Eingang des Entwurfs einer Schlussabrechnung sowie aller zur einschlägigen Überprüfung erforderlichen Angaben, die billigerweise verlangt werden können, die Schlussabrechnung, in der Folgendes festgelegt ist:
- a) der Betrag, der ihres Erachtens die Restschuld aus dem Vertragsverhältnis darstellt, und

- b) nachdem alle bereits vom öffentlichen Auftraggeber gezahlten Beträge und alle Beträge, die ihm im Rahmen des Auftrags zustehen, festgelegt worden sind, der etwaige Restbetrag, den der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer bzw. der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber schuldet.
- 51.3 Die Aufsicht übermittelt dem öffentlichen Auftraggeber oder seinem bevollmächtigten Vertreter und dem Auftragnehmer die Schlussabrechnung, aus der der Restbetrag hervorgeht, auf den der Auftragnehmer vertragsgemäß Anspruch hat. Der öffentliche Auftraggeber oder sein bevollmächtigter Vertreter und der Auftragnehmer unterzeichnen die Schlussabrechnung und erkennen damit den vollen und endgültigen Wert der vertragsgemäß erbrachten Leistungen an; sie übermitteln der Aufsicht sofort eine unterzeichnete Abschrift zusammen mit der Rechnung für die Zahlung des eventuell vom Auftragnehmer geschuldeten vereinbarten Restbetrags. Die Schlussabrechnung und die Rechnung für die Zahlung des Restbetrags weist jedoch keine strittigen Beträge aus, die Gegenstand von Verhandlungen, Schlichtungs-, Schieds- oder Gerichtsverfahren sind.
- 51.4 Die vom Auftragnehmer unterzeichnete Schlussabrechnung stellt eine schriftliche Entlastung für den öffentlichen Auftraggeber dar, in der bestätigt wird, dass mit der in der Schlussabrechnung aufgeführten Gesamtsumme alle dem Auftragnehmer im Rahmen des Auftrags geschuldeten Beträge, die nicht Gegenstand von Schlichtungs-, Schieds- oder Gerichtsverfahren sind, als vollständig und abschließend beglichen gelten. Diese Entlastung gilt jedoch erst, wenn die Bezahlung aller aufgrund der Schlussabrechnung noch geschuldeten Restbeträge erfolgt ist und die in Artikel 15 genannte Erfüllungsgarantie dem Auftragnehmer erstattet wurde.
- 51.5 Der öffentliche Auftraggeber haftet nicht für etwaige Folgen, die sich für den Auftragnehmer aus dem Auftrag oder in Zusammenhang mit dem Auftrag oder der Ausführung der Bauleistung ergeben, es sei denn, der Auftragnehmer hat in seinem Entwurf einer Schlussabrechnung einen solchen Anspruch geltend gemacht.

Artikel 52 - Direkte Zahlungen an Unterauftragnehmer

- 52.1 Erhält die Aufsicht die Beschwerde eines nach Artikel 7 ordnungsgemäß genehmigten Unterauftragnehmers, in der dieser vorbringt, dass der Auftragnehmer seine finanziellen Verpflichtungen ihm gegenüber nicht erfüllt habe, so fordert die Aufsicht den Auftragnehmer auf, entweder die Zahlungen an diesen Unterauftragnehmer zu leisten oder ihr die Gründe mitzuteilen, die der Bezahlung entgegenstehen. Erfolgt innerhalb der mit der Aufforderung festgesetzten Frist weder die Zahlung noch eine begründete Stellungnahme, so kann die Aufsicht, nachdem sie sich vergewissert hat, dass die betreffenden Leistungen ausgeführt worden sind, die entsprechende Anweisung ausstellen, und der öffentliche Auftraggeber begleicht die Forderung des Unterauftragnehmers

aus den dem Auftragnehmer noch geschuldeten Beträgen. Der Auftragnehmer bleibt für die direkt bezahlten Bauleistungen voll verantwortlich.

- 52.2 Gibt der Auftragnehmer triftige Gründe dafür an, dass er die Erfüllung sämtlicher oder eines Teils der Forderungen des Unterauftragnehmers verweigert hat, so zahlt der öffentliche Auftraggeber dem Unterauftragnehmer nur die Beträge, die nicht strittig sind. Die von dem Unterauftragnehmer beanspruchten Beträge, deren Zahlung der Auftragnehmer aus triftigen Gründen verweigert hat, werden vom öffentlichen Auftraggeber erst dann beglichen, wenn die Parteien eine gütliche Einigung erzielt haben oder eine schiedsgerichtliche oder sonstige gerichtliche Entscheidung erfolgt ist, die der Aufsicht ordnungsgemäß mitgeteilt worden ist.
- 52.3 Die direkten Zahlungen an die Unterauftragnehmer dürfen nicht höher sein als der zum vertraglich vereinbarten Preis berechnete Wert der von ihnen erbrachten Leistungen, auf die sich ihre Forderung bezieht; bei der Berechnung oder der Schätzung des Wertes zu den vertraglich vereinbarten Preisen wird vom Mengenansatz, der Preisübersicht oder von dem aufgeschlüsselten Pauschalpreis ausgegangen.
- 52.4 Die direkten Zahlungen an die Unterauftragnehmer erfolgen vertragsgemäß vollständig in der Währung des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, oder zum Teil in dieser Währung und zum Teil in Devisen.
- 52.5 Die in Devisen getätigten direkten Zahlungen an die Unterauftragnehmer werden nach Artikel 56 berechnet. Sie dürfen nicht dazu führen, dass die im Auftrag festgesetzte Höchstsumme der Zahlung in Fremdwährung überschritten wird.
- 52.6 Die Bestimmungen des Artikels 52 gelten vorbehaltlich der gemäß Artikel 54 anwendbaren Rechtsvorschriften über Forderungen von Gläubigern, zu deren Gunsten eine Forderungsabtretung oder eine Verpfändung stattgefunden hat.

Artikel 53 - Zahlungsverzug

- 53.1 Nach Ablauf der in Artikel 44 Absatz 3 der Allgemeinen Bedingungen genannten Frist kann der Auftragnehmer – sofern es sich nicht um eine Behörde oder sonstige öffentliche Stelle eines Mitgliedstaats der Europäischen Union handelt – innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der verspäteten Zahlung Anspruch geltend machen auf Verzugszinsen
- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem gesetzliche Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,
 - für Zahlungen in Euro zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz,

der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich dreieinhalb Prozentpunkten. Die Verzugszinsen werden für den Zeitraum vom Ablauf der Zahlungsfrist bis zu dem Tag berechnet, an dem das Konto des Auftraggebers belastet wird.

53.2 Bei Zahlungsverzug von mehr als 30 Tagen nach dem in Artikel 44 Absatz 3 festgelegten Fälligkeitstermin ist der Auftragnehmer berechtigt, die Arbeiten nach dem Verfahren gemäß Artikel 38 Absatz 2 auszusetzen.

53.3 Bei Zahlungsverzug von mehr als 120 Tagen nach dem in Artikel 44 Absatz 3 festgelegten Fälligkeitstermin ist der Auftragnehmer berechtigt, den Vertrag nach dem Verfahren gemäß Artikel 65 zu kündigen.

Artikel 54 - Zahlungen an Dritte

54.1 Anordnungen für Zahlungen an Dritte können nur aufgrund einer Übertragung nach Artikel 6 ausgeführt werden. Die Übertragung ist dem öffentlichen Auftraggeber anzuzeigen.

54.2 Für die Benachrichtigung der Begünstigten einer Übertragung ist ausschließlich der Auftragnehmer zuständig.

54.3 Bei einer rechtsverbindlichen Beschlagnahme des Vermögens des Auftragnehmers, die sich auf an ihn fällige Zahlungen im Rahmen des Vertrags auswirkt, hat der öffentliche Auftraggeber unbeschadet der in Artikel 53 festgelegten zeitlichen Beschränkung ab dem Datum, an dem er die Benachrichtigung über die endgültige Beseitigung des Zahlungshindernisses erhält, eine Frist von 30 Tagen, um die Zahlungen an den Auftragnehmer wieder aufzunehmen.

Artikel 55 - Zusätzliche Zahlungsforderungen

55.1 Hat der Auftragnehmer nach eigenem Ermessen Anspruch auf zusätzliche Zahlungen im Rahmen des Vertrags, so

- a) unterrichtet er die Aufsicht von seiner Absicht, eine zusätzliche Zahlung zu verlangen, oder er macht diese Forderung unter Angabe der Gründe binnen 15 Tagen, nachdem er von den Umständen Kenntnis erhalten hat, aufgrund deren er diesen Anspruch erheben kann, geltend.

Erhebt der Auftragnehmer innerhalb dieser 15tägigen Frist nicht Anspruch auf eine zusätzliche Zahlung, so verwirkt er den Anspruch auf die zusätzliche Zahlung und der öffentliche Auftraggeber wird von jeglicher Haftung im Zusammenhang mit dem Ersuchen entbunden, und

- b) liefert er vollständige und ausführliche Angaben zu seiner Forderung, sobald dies praktisch möglich ist, jedoch höchstens bis zu 60 Tagen nach dem Absendedatum der Mitteilung, es sei denn, die Aufsicht stimmt einem

anderen Termin zu. Stimmt die Aufsicht einem anderen Termin als den 60 Tagen zu, sind diese Angaben dennoch auf jeden Fall spätestens bis zu dem Tag der Vorlage des Entwurfs einer Schlussabrechnung einzureichen. Der Auftragnehmer übermittelt der Aufsicht sodann unverzüglich alle weiteren Angaben, die diese billigerweise für die Beurteilung der Berechtigung der Forderung verlangen kann.

55.2 Wenn die Aufsicht die benötigten vollständigen und ausführlichen Angaben zu der Forderung des Auftragnehmers erhalten hat, entscheidet sie unbeschadet Artikel 21 Absatz 4 nach ordnungsgemäßer Konsultierung des öffentlichen Auftraggebers und gegebenenfalls des Auftragnehmers, ob der Auftragnehmer Anspruch auf eine zusätzliche Zahlung hat, und unterrichtet die Parteien entsprechend.

55.3 Die Aufsicht kann eine zusätzliche Zahlungsforderung ablehnen, wenn sie die Voraussetzungen gemäß Artikel 55 nicht erfüllt.

Artikel 56 - Enddatum

56.1 Die Zahlungsverpflichtungen der Europäischen Kommission im Rahmen dieses Vertrags enden spätestens 18 Monate nach Ablauf des Durchführungszeitraums der Aufgaben, sofern der Vertrag nicht gemäß den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen gekündigt wird. Bei einer Kofinanzierung wird dieses Datum in den Besonderen Bedingungen festgehalten.

ABNAHME UND GEWÄHRLEISTUNG

Artikel 57 - Allgemeine Grundsätze

57.1 Die Überprüfung der Bauleistungen durch die Aufsicht zum Zweck der vorläufigen Abnahme oder der Endabnahme erfolgt im Beisein des Auftragnehmers. Die Abwesenheit des Auftragnehmers ist kein Hindernis für die Überprüfung, wenn der Auftragnehmer mindestens 30 Tage vor dem Überprüfungstermin ordnungsgemäß geladen worden ist.

57.2 Wird durch außergewöhnliche Umstände die Feststellung des Zustands der Bauleistungen oder aber die Abnahme während der für die vorläufige Abnahme oder für die Endabnahme festgesetzten Frist verhindert, so wird dies von der Aufsicht – wenn möglich nach Rücksprache mit dem Auftragnehmer – in einem Protokoll festgestellt. Die Durchführung der Überprüfung und die Erstellung des Abnahme- oder Ablehnungsprotokolls erfolgen binnen 30 Tagen nach dem Tag, an dem der Hinderungsgrund hinfällig wurde. Der Auftragnehmer kann sich nicht unter Berufung auf diese Umstände der Verpflichtung entziehen, die Bauleistungen abnahmebereit zu erbringen.

Artikel 58 - Tests nach Fertigstellung

- 58.1 Die Bauwerke werden erst abgenommen, nachdem auf Kosten des Auftragnehmers die vorgeschriebenen Prüfungen und Tests durchgeführt worden sind. Der Auftragnehmer teilt der Aufsicht das Datum mit, zu dem die genannten Prüfungen und Tests beginnen können.
- 58.2 Bauwerke, die den vertraglichen Bestimmungen und Bedingungen nicht entsprechen oder in Ermangelung derartiger Bestimmungen und Bedingungen nicht nach den anerkannten Regeln des Staates ausgeführt wurden, in dem die Bauleistungen erbracht werden, sind vom Auftragnehmer erforderlichenfalls zu beseitigen und neu zu erstellen oder entsprechend den Forderungen der Aufsicht nachzubessern; geschieht dies nicht, so erfolgen die Maßnahmen nach ordnungsgemäßer Ankündigung auf Anordnung der Aufsicht und auf Kosten des Auftragnehmers. Unter den gleichen Bedingungen kann die Aufsicht auch verlangen, dass der Auftragnehmer Bauwerke, die unter Verwendung von nicht abnahmefähigen Baustoffen oder während der zeitweiligen Aussetzung gemäß Artikel 38 errichtet worden sind, beseitigt und neu erstellt oder entsprechend den Forderungen der Aufsicht nachbessert.

Artikel 59 - Teilabnahme

- 59.1 Der öffentliche Auftraggeber kann die zu dem Auftrag gehörenden Bauten, Teile von Bauten oder Bauabschnitte nach und nach entsprechend ihrer Fertigstellung in Benutzung nehmen. Einer Übernahme der Bauten, Teile von Bauten oder Bauabschnitte durch den öffentlichen Auftraggeber muss eine vorläufige Teilabnahme vorausgehen. In dringenden Fällen kann die Übernahme jedoch vor der Abnahme erfolgen, sofern zuvor eine Bestandsaufnahme der noch durchzuführenden Arbeiten von der Aufsicht erstellt und von dem Auftragnehmer und der Aufsicht gebilligt worden ist. Hat der öffentliche Auftraggeber die Bauten, Teile von Bauten oder Bauabschnitte in Besitz genommen, so kann der Auftragnehmer nicht mehr zur Behebung von Schäden herangezogen werden, es sei denn, sie gehen auf Konstruktionsfehler oder unsachgemäße Ausführung zurück.
- 59.2 Auf Wunsch des Auftragnehmers kann die Aufsicht bei hierfür geeigneten Bauleistungen vorläufige Teilabnahmen vornehmen, soweit die Bauten, Teile von Bauten oder Bauabschnitte fertiggestellt sind und wie im Auftrag beschrieben genutzt werden können.
- 59.3 Bei vorläufigen Teilabnahmen gemäß Artikel 59 Absätze 1 und 2 setzt die in Artikel 62 vorgesehene Gewährleistungsfrist mit dem Tag dieser vorläufigen Teilabnahme ein, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.

Artikel 60 - Vorläufige Abnahme

- 60.1 Die Bauwerke werden vom öffentlichen Auftraggeber übernommen, wenn die Tests nach Fertigstellung zufriedenstellend verlaufen sind und eine Bescheinigung

über die vorläufige Abnahme ausgestellt worden ist oder als ausgestellt angesehen wird.

60.2 Der Auftragnehmer kann die Ausstellung einer Bescheinigung über die vorläufige Abnahme durch die Aufsicht frühestens 15 Tage, bevor die Bauwerke seiner Ansicht nach fertiggestellt und für die vorläufige Abnahme bereit sind, schriftlich beantragen. Die Aufsicht muss binnen 30 Tagen nach Eingang des Antrags des Auftragnehmers

- a) entweder dem Auftragnehmer eine Bescheinigung über die vorläufige Abnahme mit einer Abschrift für den öffentlichen Auftraggeber ausstellen, in der gegebenenfalls seine Vorbehalte niedergelegt sind und unter anderem der Tag angegeben ist, an dem seiner Ansicht nach die Arbeiten auftragsgemäß abgeschlossen und für die vorläufige Abnahme bereit waren, oder
- b) den Antrag mit einer entsprechenden Begründung und unter Angabe der Maßnahmen ablehnen, die der Auftragnehmer seiner Ansicht nach zu treffen hat, damit die Bescheinigung noch ausgestellt werden kann.

60.3 Versäumt es die Aufsicht, die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme auszustellen oder den Antrag des Auftragnehmers innerhalb der Frist von 30 Tagen zurückzuweisen, so gilt die Bescheinigung als am letzten Tag dieser Frist ausgestellt. Die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme gilt nicht als Bestätigung, dass die Bauwerke in jeder Hinsicht fertiggestellt worden sind. Wenn die Bauleistungen laut Auftrag in Abschnitte unterteilt sind, hat der Auftragnehmer das Recht, für jeden Abschnitt eine gesonderte Bescheinigung zu beantragen.

60.4 Nach der vorläufigen Abnahme der Lieferungen baut der Auftragnehmer vorläufige Bauten ab und entfernt Baustoffe, die nicht mehr zur Durchführung des Vertrags gebraucht wird. Er hat darüber hinaus Bauschutt und Hindernisse zu beseitigen und jede im Rahmen des Vertrags erforderlich gewordene Veränderung der Örtlichkeiten rückgängig zu machen.

60.5 Der öffentliche Auftraggeber kann alle fertiggestellten Bauwerke unmittelbar nach der vorläufigen Abnahme in Benutzung nehmen.

Artikel 61 - Gewährleistung

61.1 Der Auftragnehmer ist für die Behebung aller Mängel oder Schäden an allen Teilen der Bauleistungen zuständig, die während der Gewährleistungsfrist offensichtlich werden oder auftreten, und zwar entweder:

- a) durch Verwendung mangelhafter Anlagen oder Baustoffe, unsachgemäße Ausführung oder fehlerhafte Planung seitens des Auftragnehmers und/oder

- b) durch Handlungen oder Unterlassungen des Auftragnehmers während der Gewährleistungsfrist, und/oder
- c) bei einer Inspektion, die durch den öffentlichen Auftraggeber oder in seinem Auftrag durchgeführt worden ist.

61.2 Der Auftragnehmer behebt die Mängel oder Schäden so bald wie möglich auf eigene Kosten. Die Gewährleistungsfrist für alle ersetzten oder erneuerten Gegenstände gilt ab dem Zeitpunkt, zu dem die Ersatzlieferung oder Erneuerung zur Zufriedenheit der Aufsicht erfolgt ist. Ist in dem Auftrag eine Teilabnahme vorgesehen, so wird die Gewährleistungsfrist nur für den von der Ersatzlieferung oder der Erneuerung betroffenen Teil der Bauwerke verlängert.

61.3 Treten solche Mängel oder Schäden während der Gewährleistungsfrist auf, so teilt der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht dies dem Auftragnehmer mit. Versäumt es der Auftragnehmer, einen Mangel oder Schaden innerhalb der in dieser Mitteilung gesetzten Frist zu beheben, so kann der öffentliche Auftraggeber

- a) die Arbeiten selbst ausführen oder die Arbeiten auf Gefahr und Kosten des Auftragnehmers durch eine andere Person ausführen lassen, wobei die dem öffentlichen Auftraggeber entstehenden Kosten von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von Sicherheitsleistungen des Auftragnehmers oder aber von beidem abzuziehen sind, oder
- b) den Vertrag kündigen;

61.4 Liegen Mängel oder Schäden solcher Art vor, dass der öffentliche Auftraggeber die gesamten oder einen Teil der Bauwerke nur unter erheblichen Einbußen in Benutzung nehmen kann, so ist der öffentliche Auftraggeber unbeschadet sonstiger Rechtsmittel berechtigt, alle in Bezug auf die Teile der betreffenden Bauwerke gezahlten Beträge und die Kosten für den Abbau dieser Teile und die Instandsetzung der Örtlichkeiten einzutreiben.

61.5 In dringenden Fällen, wenn der Auftragnehmer nicht unmittelbar zu erreichen ist oder trotz Benachrichtigung nicht in der Lage ist, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, kann der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht die Arbeiten auf Kosten des Auftragnehmers ausführen lassen. Der öffentliche Auftraggeber oder die Aufsicht unterrichten den Auftragnehmer so rasch wie möglich über die ergriffenen Maßnahmen.

61.6 Sehen die Besonderen Bedingungen vor, dass die im Rahmen einer normalen Benutzung erforderlichen Instandhaltungsarbeiten vom Auftragnehmer ausgeführt werden, so werden sie aus vorläufigen Rückstellungen bezahlt. Schäden, die sich aus den in Artikel 21 genannten Umständen oder aus einer das normale Maß überschreitenden Benutzung ergeben, fallen nicht unter diese Verpflichtung, es sei

denn, sie sind auf einen Fehler oder Mangel zurückzuführen, der ein Verlangen auf Nachbesserung oder Ersatz gemäß Artikel 61 rechtfertigt.

- 61.7 Die Gewährleistungspflicht ist in den Besonderen Bedingungen und den technischen Spezifikationen zu regeln. Ist die Dauer der Gewährleistungsfrist nicht festgelegt, so beträgt sie 365 Tage. Die Gewährleistungsfrist beginnt mit dem Datum der vorläufigen Abnahme und kann nach Artikel 61 Absatz 2 verlängert werden.
- 61.8 Nach der vorläufigen Abnahme trägt der Auftragnehmer unbeschadet der Gewährleistungspflichten nach Artikel 61 nicht mehr die Risiken, die sich für die Bauwerke aus Umständen ergeben, für die er nicht verantwortlich ist. Der Auftragnehmer ist jedoch nach der vorläufigen Abnahme für die Solidität des Bauwerks gemäß den Besonderen Bedingungen oder den Rechtsvorschriften des Staates des öffentlichen Auftraggebers verantwortlich.

Artikel 62 - Endabnahme

- 62.1 Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist oder, im Falle mehrerer Fristen, nach Ablauf der letzten Frist sowie nach Behebung aller Mängel oder Schäden stellt die Aufsicht dem Auftragnehmer eine Abnahmebescheinigung mit einer Abschrift für den öffentlichen Auftraggeber aus, in der der Tag angegeben ist, an dem der Auftragnehmer nach Überzeugung der Aufsicht seine Verpflichtungen im Rahmen des Auftrags erfüllt hat. Die Aufsicht stellt die Endabnahmebescheinigung entweder binnen 30 Tagen nach Ablauf der Gewährleistungsfrist aus oder sobald die nach Artikel 61 auszuführenden Bauleistungen zu ihrer Zufriedenheit erbracht worden sind.
- 62.2 Die Bauleistungen gelten erst dann als abgeschlossen, wenn eine Endabnahmebescheinigung von der Aufsicht unterzeichnet und dem öffentlichen Auftraggeber mit einer Abschrift für den Auftragnehmer ausgehändigt worden ist.
- 62.3 Ungeachtet der Ausstellung der Endabnahmebescheinigung sind der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber weiterhin für die Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen verantwortlich, die vor der Ausstellung der Endabnahmebescheinigung eingegangen wurden und zum Zeitpunkt der Ausstellung dieser Bescheinigung noch nicht erfüllt waren. Art und Umfang solcher Verpflichtungen werden unter Bezugnahme auf die Vertragsbestimmungen festgelegt.

VERTRAGSBRUCH UND KÜNDIGUNG

Artikel 63 - Vertragsbruch

- 63.1 Beide Parteien begehen einen Vertragsbruch, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht in Einklang mit den Vertragsbestimmungen nachkommen.

63.2 Bei einem Vertragsbruch ist die geschädigte Partei zu folgenden Maßnahmen berechtigt:

- a) Forderung von Schadenersatz und/oder
- b) Kündigung des Vertrags.

63.3 Schadenersatz kann in folgender Form gefordert werden:

- a) allgemeiner Schadensersatz oder
- b) Vertragsstrafen.

63.4 Sollte der Auftragnehmer eine seiner Verpflichtungen nicht nach den Bestimmungen des Vertrags erfüllen, so ist der öffentliche Auftraggeber unbeschadet seines Rechts nach Artikel 34 Absatz 2 außerdem berechtigt, folgende Maßnahmen zu treffen:

- a) Aussetzung von Zahlungen und/oder
- b) Kürzung oder Einziehung von Zahlungen proportional zur Nichterfüllung.

63.5 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, Schadenersatz zu verlangen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheitsleistung abziehen.

Artikel 64 - Kündigung durch den öffentlichen Auftraggeber

64.1 Der öffentliche Auftraggeber kann, außer in den Fällen nach Artikel 64 Absatz 2, den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen.

64.2 Sofern in diesen Allgemeinen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag mit einer Frist von sieben Tagen kündigen und den Auftragnehmer der Baustelle verweisen, wenn

- a) beim Auftragnehmer ein schwerer Vertragsbruch wegen Nichterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen festgestellt wurde;
- b) der Auftragnehmer nicht innerhalb einer angemessenen Frist der schriftlichen Aufforderung der Aufsicht nachkommt, eine Vernachlässigung oder Nichterfüllung seiner vertraglichen Pflichten zu beheben, durch die die ordnungsgemäße und fristgerechte Erbringung der Bauleistungen ernsthaft beeinträchtigt wird;
- c) der Auftragnehmer sich weigert oder es versäumt, Verwaltungsanweisungen der Aufsicht Folge zu leisten;

- d) der Auftragnehmer den Auftrag oder Teilaufträge ohne Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers überträgt;
- e) der Auftragnehmer sich im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befindet oder seine gewerbliche Tätigkeit eingestellt hat oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befindet;
- f) eine strukturelle Änderung eintritt, die eine Änderung der Rechtspersönlichkeit und der Art des Auftragnehmers sowie des Kontrollverhältnisses, in dem sich der Auftragnehmer befindet, zur Folge hat, es sei denn, diese Änderung wird in einem Zusatzvertrag zu Protokoll genommen;
- g) ein anderes rechtliches Hindernis für die Vertragserfüllung besteht;
- h) der Auftragnehmer nicht die verlangte Sicherheit oder einen Versicherungsvertrag beibringt oder wenn die Person, die die Sicherheit oder den Versicherungsschutz bisher bestellt hat, nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen einzuhalten;
- i) der Auftragnehmer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, welche auf eine Art und Weise nachgewiesen wurde, die der öffentliche Auftraggeber rechtfertigen kann;
- j) der Auftragnehmer rechtskräftig wegen Betrugs, Korruption, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche oder einer anderen gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Handlung verurteilt wurde;
- k) bei der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt/ dem EEF finanzierten Vertrags ein schwerer Vertragsbruch seitens des Auftragnehmers festgestellt wurde;
- l) sich nach Zuschlagserteilung herausstellt, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt;
- m) bei dem Vergabeverfahren oder der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt oder dem EEF finanzierten Vertrags festgestellt wurde, dass schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen wurden, die sich wahrscheinlich auf die Erfüllung des vorliegenden Vertrags auswirken;

- n) der Auftragnehmer es versäumt, während eines Zeitraums von sieben Jahren nach der Abschlusszahlung zu dem Vertrag die vertragsrelevanten Aufzeichnungen aufzubewahren;
- o) der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen gemäß den Artikeln 12a und 12b nicht nachkommt;
- p) der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf die höchstmögliche Forderung gemäß Artikel 36 Absatz 1 erhalten hat.

64.3 Durch die Kündigung des Vertrags bleiben andere Rechte oder Befugnisse des öffentlichen Auftraggebers und des Auftragnehmers, die sich aus dem Vertrag ergeben, unberührt. Der öffentliche Auftraggeber kann die Bauleistungen danach selbst zum Abschluss bringen oder für Rechnung des Auftragnehmers einen neuen Vertrag mit einem Dritten abschließen. Die Haftung des Auftragnehmers für den verspäteten Abschluss der Leistungen endet mit sofortiger Wirkung zu dem Zeitpunkt, zu dem der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigt; eine Haftung für bereits vor diesem Zeitpunkt eingetretene Verzögerungen bleibt hiervon unberührt.

64.4 Nach Kündigung des Vertrags oder nach entsprechender Unterrichtung sorgt der Auftragnehmer unverzüglich dafür, dass die Bauarbeiten umgehend und in geordneter Weise eingestellt und die Kosten auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

64.5 Nach der Kündigung bescheinigt die Aufsicht so bald wie möglich den Wert der Bauleistungen und alle dem Auftragnehmer am Tage der Kündigung geschuldeten Beträge.

64.6 Im Falle der Kündigung wird wie folgt verfahren:

- a) Die Aufsicht nimmt so bald wie möglich nach Besichtigung der Bauarbeiten eine Bestandsaufnahme sowohl der vom Auftragnehmer erbrachten Bauleistungen als auch der vorläufigen Bauten, Baustoffe, Anlagen und Ausrüstungen vor. Der Auftragnehmer wird aufgefordert, bei der Besichtigung und Bestandsaufnahme anwesend zu sein. Außerdem wird von der Aufsicht eine Aufstellung über die vom Auftragnehmer an die im Zusammenhang mit dem Auftrag beschäftigten Arbeitskräfte noch zu zahlenden Löhne und über die Beträge, die der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber schuldet, angefertigt.
- b) Der öffentliche Auftraggeber hat das Recht, die von der Aufsicht genehmigten vorläufigen Bauten und die speziell im Hinblick auf die Ausführung der vertraglichen Bauleistungen angelieferten oder angefertigten Anlagen und Baustoffe ganz oder teilweise zu erwerben.

- c) Der Kaufpreis für die genannten vorläufigen Bauten, Ausrüstungen, Anlagen und Baustoffe darf den noch nicht bezahlten Teil der Auslagen des Auftragnehmers, die auf die Höhe der Ausgaben beschränkt werden, die bei einer unter normalen Bedingungen erfolgenden Bauausführung entstehen, nicht übersteigen.
- d) Vom Auftragnehmer angelieferte oder bestellte Baustoffe und Gegenstände können vom öffentlichen Auftraggeber, sofern er sie nicht bereits bezahlt hat, nach den von der Aufsicht für angemessen erachteten Bedingungen zum Marktpreis erworben werden.

64.7 Der öffentliche Auftraggeber ist bis zum Abschluss der Bauleistungen zu keinen weiteren Zahlungen an den Auftragnehmer verpflichtet. Nach Abschluss der Bauleistungen ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer die Erstattung der für den Abschluss der Bauleistungen gegebenenfalls entstandenen zusätzlichen Kosten zu verlangen, oder verpflichtet, dem Auftragnehmer den diesem vor der Kündigung noch geschuldeten Restbetrag zu bezahlen.

64.8 Kündigt der öffentliche Auftraggeber den Vertrag, so ist er - unbeschadet der sonstigen ihm vertragsgemäß zustehenden Rechtsmittel – berechtigt, sich neben den zusätzlichen Kosten für den Abschluss der Bauleistungen für alle ihm entstandenen Verluste mit bis zu 10 % des vertraglich vereinbarten Preises vom Auftragnehmer entschädigen zu lassen.

64.9 Ist die Kündigung nicht auf eine Handlung oder Unterlassung des Auftragnehmers, auf höhere Gewalt oder auf andere außerhalb der Kontrolle des öffentlichen Auftraggebers liegende Umstände zurückzuführen, ist der Auftragnehmer berechtigt, zusätzlich zu den ihm zustehenden Zahlungen für bereits erbrachte Leistungen eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu verlangen.

64.10 Dieser Vertrag endet automatisch, wenn er innerhalb von drei Jahren nach seiner Unterzeichnung durch beide Parteien nicht zu einer Zahlung geführt hat.

Artikel 65 - Kündigung durch den Auftragnehmer

65.1 Der Auftragnehmer kann den Vertrag mit einer Frist von 14 Tagen kündigen, wenn der öffentliche Auftraggeber

- a) ihm die geschuldeten und von der Aufsicht angewiesenen Beträge nach Ablauf der in Artikel 44 Absatz 3 genannten Frist binnen 120 Tagen nicht gezahlt hat, oder
- b) nach mehrfacher Mahnung seine vertraglichen Pflichten weiterhin nicht erfüllt oder

- c) den Fortgang der Bauleistungen oder eines Teils davon länger als 180 Tage aus Gründen unterbricht, die weder im Vertrag genannt sind noch auf einem Verstoß oder Versäumnis des Auftragnehmers beruhen.
- 65.2 Durch eine derartige Kündigung bleiben alle anderen im Rahmen des Vertrags erworbenen Rechte des öffentlichen Auftraggebers oder des Auftragnehmers unberührt. Sie berechtigt den Auftragnehmer, vorbehaltlich der Rechtsvorschriften des Landes, in dem die Bauleistungen erbracht werden, seine Ausrüstung unverzüglich von der Baustelle zu entfernen.
- 65.3 Im Falle einer derartigen Kündigung ersetzt der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer alle Verluste oder Schäden, die diesem gegebenenfalls entstanden sind. Diese zusätzliche Zahlung darf 10 % des vertraglich vereinbarten Preises nicht überschreiten.

Artikel 66 - Höhere Gewalt

- 66.1 Von einem Versäumnis der vertraglichen Pflichten oder einem Vertragsbruch einer Partei ist nicht auszugehen, wenn die Erfüllung dieser Pflichten durch ein Ereignis höherer Gewalt verhindert wird, das nach dem Zeitpunkt der Mitteilung über die Zuschlagserteilung oder nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags eintritt.
- 66.2 Als „höhere Gewalt“ in diesem Sinne gelten unvorhersehbare Ereignisse, die sich dem Einfluss der beiden Parteien entziehen und deren Ende keine der beiden Parteien trotz gebührender Beachtung der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht herbeiführen kann, wie unabwendbare Ereignisse, Streiks, Aussperrungen oder sonstige Betriebsunruhen, Handlungen von Staatsfeinden, erklärte und nicht erklärte Kriege, Blockaden, Aufstände, Aufruhr, Epidemien, Erdbeben, Stürme, Blitzschlag, Überschwemmungen, Unterspülungen, Störungen der öffentlichen Ordnung oder Explosionen. Ein Beschluss der Europäischen Union über die Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem Empfängerland ist als höhere Gewalt zu betrachten, wenn dies die Aussetzung der Finanzierung im Rahmen dieses Vertrags zur Folge hat.
- 66.3 Unbeschadet der Artikel 36 und 64 entfallen die Inanspruchnahme der Erfüllungsgarantie, die Vertragsstrafen oder die Kündigung wegen Nichterfüllung, wenn und soweit der Leistungsverzug des Auftragnehmers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen sind. Ebenso wenig hat der öffentliche Auftraggeber – unbeschadet der Artikel 53 und 65 – bei Zahlungsverzug Zinsen zu zahlen oder eine Nichterfüllung bzw. Kündigung wegen Nichterfüllung durch den Auftragnehmer zu verantworten, wenn und soweit der Zahlungsverzug des öffentlichen Auftraggebers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.

- 66.4 Ist eine Partei der Auffassung, dass ein Ereignis höherer Gewalt eingetreten ist, das die Erfüllung ihrer Pflichten beeinträchtigen könnte, so benachrichtigt sie umgehend die andere Partei und die Aufsicht unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vermutlichen Auswirkungen dieses Ereignisses. Falls keine anderslautende schriftliche Weisung der Aufsicht vorliegt, setzt der Auftragnehmer die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten soweit zumutbar fort und bemüht sich, tragbare Ersatzleistungen zur Erfüllung seiner Pflichten zu erbringen, denen das Ereignis höherer Gewalt nicht entgegensteht. Der Auftragnehmer führt solche Ersatzleistungen nur auf Weisung der Aufsicht aus.
- 66.5 Zusätzliche Kosten, die dem Auftragnehmer dadurch entstehen, dass er den Weisungen der Aufsicht nachkommt oder Ersatzleistungen im Sinne von Artikel 66 Absatz 4 erbringt, sind von der Aufsicht zu bescheinigen.
- 66.6 Dauert ein Ereignis höherer Gewalt 180 Tage an, so kann jede der beiden Parteien ungeachtet der Verlängerungsfrist, die dem Auftragnehmer aus diesem Grund gegebenenfalls für den Abschluss der Bauleistungen gewährt worden ist, der anderen Partei den Vertrag mit einer Frist von 30 Tagen schriftlich kündigen. Dauert die höhere Gewalt nach Ablauf der 30tägigen Frist weiterhin an, so endet das Vertragsverhältnis und folglich auch – nach Maßgabe des auf den Vertrag anwendbaren Rechts – die Verpflichtung der Parteien zur weiteren Vertragserfüllung.

Artikel 67 - Tod

- 67.1 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, so endet das Vertragsverhältnis automatisch mit dem Tod dieser Person. Bekunden die Erben oder die Anspruchsberechtigten jedoch die Absicht, den Auftrag zu übernehmen, so prüft der öffentliche Auftraggeber ihren Vorschlag.
- 67.2 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um mehrere natürliche Personen und sterben eine oder mehrere dieser Personen, so fertigen die Parteien einvernehmlich eine Aufstellung über den Stand der Bauleistungen an, und der öffentliche Auftraggeber entscheidet unter Berücksichtigung der von den Überlebenden und gegebenenfalls den Erben oder Anspruchsberechtigten übernommenen Verpflichtungen, ob der Vertrag gekündigt oder weitergeführt werden soll. Die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers wird den Betreffenden binnen 30 Tagen nach Eingang ihres Vorschlags bekannt gegeben.
- 67.3 In den in Artikel 67 Absätze 1 und 2 genannten Fällen teilen die Personen, die die weitere Durchführung des Vertrags übernehmen wollen, dem öffentlichen Auftraggeber ihre Absicht binnen 15 Tagen nach dem Todesfall mit.
- 67.4 Diese Personen haften gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung im gleichen Umfang wie der verstorbene Auftragnehmer. Für

die weitere Ausführung des Vertrags gelten die im Vertrag vorgesehenen Bestimmungen über die Stellung einer Sicherheit.

STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT

Artikel 68 - Streitbeilegung

- 68.1 Die Parteien bemühen sich nach besten Kräften, Streitigkeiten, die in Bezug auf den Vertrag zwischen ihnen oder zwischen der Aufsicht und dem Auftragnehmer entstehen könnten, gütlich beizulegen.
- 68.2 Im Falle einer Streitigkeit setzt eine Partei die andere Partei schriftlich über die Streitigkeit in Kenntnis, legt ihre diesbezügliche Position und die von ihr vorgeschlagene Lösung dar und ersucht um gütliche Regelung. Die andere Partei muss innerhalb von 30 Tagen auf dieses Ersuchen um gütliche Regelung antworten und ihre Position zu der Streitigkeit darlegen. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für die Herbeiführung einer gütlichen Regelung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um gütliche Regelung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine gütliche Regelung erzielt werden, so ist das Verfahren für die gütliche Regelung als fehlgeschlagen anzusehen.
- 68.3 Kommt es nicht zu einer gütlichen Regelung, kann eine Partei die andere Partei schriftlich darüber in Kenntnis setzen, dass sie um Schlichtung durch einen Dritten ersucht. Ist die Europäische Kommission nicht Partei des Vertrags, kann sie akzeptieren, in einem solchen Fall als Schlichter zu fungieren. Die andere Partei hat binnen 30 Tagen auf das Ersuchen um Schlichtung zu reagieren. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für das Erlangen einer Einigung durch Schlichtung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um Schlichtung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine Schlichtung erzielt werden, so ist das Schlichtungsverfahren als fehlgeschlagen anzusehen.
- 68.4 Wenn das Verfahren der gütlichen Regelung und gegebenenfalls das Schlichtungsverfahren fehlschlagen, kann jede der Parteien gemäß den Besonderen Bedingungen die Streitigkeit entweder zur Entscheidung an ein nationales Gericht oder an eine nationale Schlichtungsstelle verweisen.

Artikel 69 - Anwendbares Recht

- 69.1 Für diesen Vertrag gilt das Recht des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder, wenn der öffentliche Auftraggeber die Europäische Kommission ist, das EU-Recht, das gegebenenfalls durch belgisches Recht ergänzt wird.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 70 - Verwaltungsrechtliche und finanzielle Sanktionen

- 70.1 Unbeschadet der Anwendung anderer im Vertrag vorgesehenen Rechtsmittel können Auftragnehmer, die falsche Erklärungen abgeben, wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen oder ihre Vertragspflichten in schwerwiegender Weise verletzt haben, für eine Höchstdauer von fünf Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verstoß begangen wurde, der nach Anhörung des Auftragnehmers zu bestätigen ist, im Einklang mit den maßgeblichen EU-Haushaltsvorschriften von allen EU-finanzierten Aufträgen oder Zuschüssen ausgeschlossen werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann die Ausschlussdauer auf zehn Jahre heraufgesetzt werden.
- 70.2 Zusätzlich oder alternativ zu der verwaltungsrechtlichen Sanktion gemäß Artikel 70 Absatz 1 können außerdem finanzielle Sanktionen in Höhe von 2 bis 10 % des Gesamtauftragswerts gegen den Auftragnehmer verhängt werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann dieser Satz auf 4 bis 20 % angehoben werden.
- 70.3 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, finanzielle Sanktionen zu verhängen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheitsleistung abziehen.

Artikel 71 - Prüfungen und Kontrollen durch Einrichtungen der Europäischen Union

- 71.1 Der Auftragnehmer gestattet der Europäischen Kommission, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und dem Europäischen Rechnungshof, die Durchführung des Vertrags anhand der Unterlagen zu kontrollieren und die Unterlagen zu kopieren oder an Ort und Stelle, einschließlich durch Kontrollen der Originalunterlagen, zu überprüfen. Damit diese Kontrollen und Rechnungsprüfungen durchgeführt werden können, wird den vorstehend genannten EU-Einrichtungen erforderlichenfalls gestattet, eine vollständige Rechnungsprüfung auf der Grundlage der Belege für die Konten, der Buchungsunterlagen und der sonstigen die Finanzierung des Projekts betreffenden Unterlagen vorzunehmen. Der Auftragnehmer gewährleistet zu jedem angemessenen Zeitpunkt einen ungehinderten Zugang vor Ort, insbesondere zu seinen Büros, seinen elektronischen Daten, seinen Rechnungslegungsdaten und allen sonstigen Informationen, die für die Rechnungsprüfungen erforderlich sind, einschließlich der Gehaltsabrechnungen der an dem Vertrag beteiligten Personen. Der Auftragnehmer gewährleistet ebenfalls, dass die erforderlichen Informationen zum Zeitpunkt der Rechnungsprüfung direkt verfügbar sind und dass die Daten

auf Anfrage in geeigneter Form ausgehändigt werden können. Diese Kontrollen können bis zu sieben Jahre nach der Abschlusszahlung stattfinden.

- 71.2 Darüber hinaus gestattet der Auftragnehmer dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, gemäß den in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union festgelegten Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gegen Betrug und andere Unregelmäßigkeiten vor Ort Prüfungen und Kontrollen vorzunehmen.
- 71.3 Hierzu verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Beamten oder Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs angemessenen Zugang zu den Räumlichkeiten und Orten, an denen der Auftrag ausgeführt wird, einschließlich seiner Informationssysteme sowie sämtlicher Unterlagen und Datenbanken zur technischen und finanztechnischen Verwaltung des Projekts zu gewähren und sämtliche Schritte zu ergreifen, um deren Arbeit zu erleichtern. Der Zugang der Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs erfolgt auf der Grundlage der Geheimhaltung gegenüber Dritten, unbeschadet der Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Rechts, dem diese Bediensteten unterliegen. Dokumente müssen leicht zugänglich sein und so archiviert werden, dass ihre Prüfung erleichtert wird, und der Auftragnehmer muss den öffentlichen Auftraggeber über den genauen Ablageort der Dokumente in Kenntnis setzen.
- 71.4 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Rechte der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs, Rechnungsprüfungen, Kontrollen und Nachprüfungen durchzuführen, in gleicher Weise, unter denselben Bedingungen und gemäß denselben, im vorliegenden Artikel festgelegten Vorschriften auch für alle Unterauftragnehmer und sonstigen Parteien gewahrt werden, die Fördermittel aus dem EU-Haushalt oder aus dem EEF erhalten.

* * *